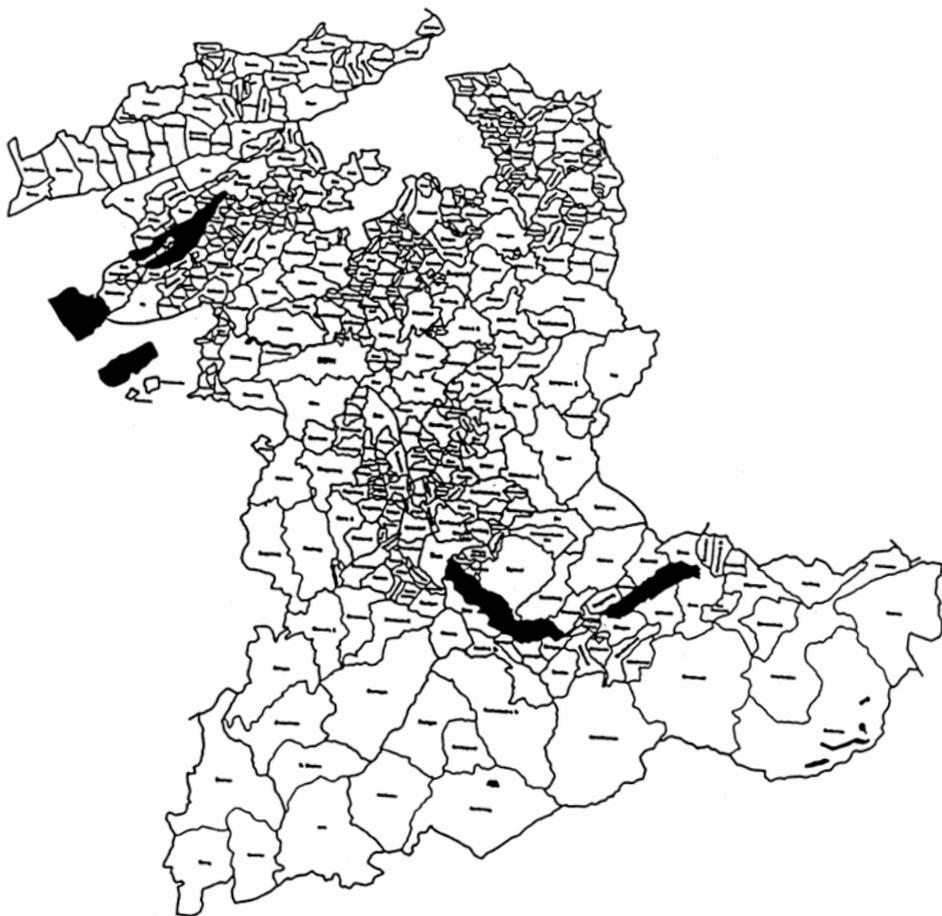


Verband Bernischer Gemeinden VBG
Association des Communes Bernoises ACB

INFO 3/2022



Denn ich vertraue einem engagierten Partner

Ein flexibles Vorsorgeangebot, persönliche Kundenbetreuung und Servicequalität auf höchstem Niveau. Dafür steht die Previs Vorsorge seit über 60 Jahren im Service Public – und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Seit Jahrzehnten bewährte Partner: Verband Bernischer Gemeinden VBG und die Previs.

www.previs.ch

previs 
Vorsorgen mit Durchblick

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten	3
Editorial du président	6
Wichtige Geschäfte	9
Les principaux dossiers en cours	18
Digitale Langzeitarchivierung in den Gemeinden	29
Archivage numérique à long terme dans les communes	32
Anpassung der Kostenschwelle für die Baubewilligungskompetenz der kleinen Gemeinden	35
Compétence d’octroi du permis de construire revient aux petites communes	38
Neue Aufstellung der Abteilung Orts- und Regionalplanung (AGR)	42
Nouvelle structure du Service de l’aménagement local et régional de l’OACOT ...	44
Pensionierung – früher an später denken	46
La retraite : y penser aujourd’hui pour en profiter demain	49
Erinnerungsarbeit für Betroffene fürsorgereische Zwangsmassnahmen	52
Portrait des gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus	54
Porträt der Gemeinde Oberdiessbach	56
Interview mit der Gemeindepräsidentin Bettina Gerber	58

IMPRESSUM

Herausgeber	Verband Bernischer Gemeinden VBG Kornhausplatz 11, Postfach 568, 3000 Bern 8 Telefon 031 311 08 08, Telefax 031 312 24 64 vbg@recht-governance.ch acb@recht-governance.ch
Präsident	Daniel Bichsel
Geschäftsführer	Jürg Wichtermann
Redaktion	Monika Gerber
Übersetzung	Roxane Jacobi, Biel/Bienne
Druck	Hansen Druck, 3011 Bern
Auflage	600 Exemplare
Redaktionsschluss Info 1 / 23	30. März 2023

VORWORT DES PRÄSIDENTEN



Daniel Bichsel
VBG-Präsident

Die EU vergleicht jährlich den Stand der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in den europäischen Ländern. Und alljährlich kommt die Schweiz in diesem «eGovernment Benchmark» nicht steil heraus. Zwar hat sich unser Land in diesem Jahr auf Platz 28 (von 35) vorgearbeitet. Im Jahr 2021 waren wir noch auf Platz 30 gelandet. Ein Spitzenplatz ist das nicht.

Grund zur Sorge? Nein! Und zwar aus (mindestens) zwei Gründen:

Erstens: Der Digitalisierung-Report der EU vergleicht zwar, wie «digital» die öffentlichen Dienstleistungen in den verschiedenen Ländern sind. Er sagt aber nichts über die Qualität der Leistungen der Gemeinwesen. Ohne sich zu kräftig auf die Schulter zu klopfen, dürfen die Schweizer Gemeinden, Kantone und der

Bund für sich in Anspruch nehmen, im Allgemeinen gute Dienstleistungen zu erbringen – manchmal «online», manchmal halt noch «traditionell». Es wird deshalb auch hier und dort gesagt, dass hierzulande möglicherweise der «Leidensdruck» zu klein (oder der Service public zu gut) sei, weshalb man sich mit der Digitalisierung etwas mehr Zeit lasse. Allerdings: Auch wenn die Qualität stimmt, soll dies kein Grund sein, eine Entwicklung zu verschlafen.

Zweitens: Es geht einiges, auch gerade im Kanton Bern. Schaut man sich nur schon den bunten Strauss von aktuellen Digitalisierungsprojekten und Gesetzgebungsverfahren an, die auch die Gemeinden betreffen, so könnte man schon fast von einem «Digitalisierungs-Booster» für den Kanton Bern sprechen. Ein paar Beispiele:

- Im März hat der Grosse Rat das Gesetz über die digitale Verwaltung (DVG) verabschiedet und dort wichtige Weichen für die künftige Ausgestaltung der Gemeinde- und Kantonsverwaltung gestellt. Jetzt folgt die Verordnung dazu, in der beispielsweise die digitale Geschäftsverwaltung, die digitale Identifikation, die

- digitale Signatur oder der digitale Zahlungsverkehr geregelt werden.
- Der digitale Umzug wird flächendeckend in allen Gemeinden des Kantons Bern eingeführt: Das Gesetz und die Verordnung über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer wird zurzeit revidiert.
 - Seit dem Frühling können Baugesuche in Berner Gemeinden nur noch elektronisch eingereicht werden (eBau). Und der nächste Schritt ist schon in Arbeit: das elektronische Planerlassverfahren (ePlan).
 - Ab nächstem Jahr wird die erste Berner Gemeinde ihre amtlichen Bekanntmachungen über eine digitale Plattform und nicht mehr im gedruckten Anzeiger publizieren. Die rechtliche Grundlage dafür ist bereits früher im Gemeindegesetz gelegt worden.
 - Das Staatsarchiv treibt – zusammen mit Pilotgemeinden – die Grundlagen für ein digitales Archiv voran, das auch von den Gemeinden genutzt werden kann. Ein wichtiges Element, denn die elektronischen «Akten» können nicht einfach in den Keller gestellt werden, wenn sie dereinst archiviert werden müssen.
 - Mit dem «Neuen Fallführungssystem» im Sozialhilfebereich soll eine einheitliche digitale Lösung geschaffen werden, welche von den Sozialdiensten der Gemeinden gleichermassen wie vom Kanton genutzt werden kann. Ein interessantes Projekt, in das auch der VBG und die Berner Konferenz für Sozialhilfe eingebunden sind.
 - Auch der Rechtsverkehr zwischen allen Behörden, Gerichten, Anwältinnen und Anwälten und teilweise auch Privaten wird in absehbarer Zeit nur noch digital stattfinden. Der Kanton hat dazu eine Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes in die Vernehmlassung geschickt.

Die Liste ist beeindruckend. Ein Digitalisierungspionier ist der Kanton Bern deswegen allerdings noch keineswegs. Aber es ist unübersehbar, dass auch hier die öffentlichen Verwaltungen und ihre Dienstleistungen immer mehr von der Digitalisierung durchdrungen werden. Dass dies der richtige Weg ist, zeigt auch die nationale E-Government-Studie 2022: Der Geschäftsverkehr mit der Verwaltung wird – sofern schon möglich – immer öfter online abgewickelt. Und die

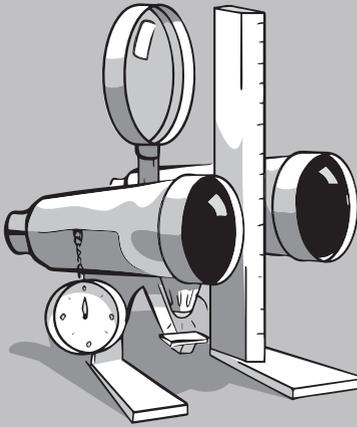
Nachfrage der Bevölkerung nach digitalen Dienstleistungen ist nach wie vor gross. Auch wenn schon viel getan wird – es gibt immer noch viel zu tun.

Hektik ist nicht angesagt. Die Gemeinden haben Zeit, sich vorzubereiten. So sind beispielsweise in der Verordnung über die digitale Verwaltung angemessene Übergangsfristen vorgesehen. Die Vorbereitung jedoch beginnt jetzt und nicht erst, wenn die Übergangsfristen abgelaufen sind. Erfreulich ist, dass zunehmend gemeinsame Projekte angegangen werden. Unter den Gemeinden, insbesondere aber auch mit Kanton und Gemeinden. Nicht alles muss allein erfunden werden, und gerade Digitalisierungsprojekte sind oft zu komplex, als dass sie von einer Gemeinde allein gestemmt werden können. Und um noch eine Studie zu zitieren: Die Angestellten im öffentlichen Dienst sind bereit für neue Arbeitsweisen und mehr digitale Kompetenz, sagt die Deloitte Studie zur digitalen Verwaltung in der Schweiz. Das sind gute Voraussetzungen.

Alles andere als digital ist die folgende Nachricht, die kürzlich die Runde gemacht hat: Auf der Erde leben jetzt

8 Milliarden Menschen. Vor 50 Jahren waren es noch halb so viele. Unzählige Millionen dieser Menschen sind auf der Flucht. Der Krieg in der Ukraine hat Zehntausende Flüchtlinge in die Schweiz getrieben. Dazu kommt ein stark ansteigender Zustrom aus anderen Ländern. Diese Flüchtlingswelle fordert auch den Kanton Bern massiv heraus. Die Aufnahmekapazitäten auf Bundes- und Kantonsebene sind an ihren Belastungsgrenzen angelangt. Der Kanton hat vor nicht allzu langer Zeit die Asylorganisation neu geordnet und regionale Partner-Organisationen mit der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge beauftragt. Diese Strukturen sind nun einer Bewährungsprobe ausgesetzt. Es ist zu hoffen, dass sie halten und nicht eine «Notlage» mit den entsprechenden Konsequenzen für die Gemeinden ausgerufen werden muss. Unabhängig von der «Zuständigkeit» ist allerdings eines klar: Diese Menschen halten sich in einer Stadt, in einem Dorf, in einem Quartier auf. Auch darauf müssen sich die Gemeinden vorbereiten.

Ich wünsche Ihnen erholsame Weihnachtstage und einen guten Start ins 2023.



MANDATUM – sucht und findet

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

MANDATUM Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee
John Günther, 031 832 44 32, info@mandatum.ch, www.mandatum.ch



ROD TREUHAND

ROD Treuhand AG
Solothurnstrasse 22
3322 Urtenen-Schönbühl
Telefon 031 858 31 11
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

Revision
Stellvertretungen in Verwaltungen
Finanzplanung / Finanzanalyse
Buchführung

www.rod.ch

EDITORIAL DU PRÉSIDENT

Daniel Bichsel, président de l'ACB

L'Union européenne compare chaque année le niveau de numérisation des administrations publiques dans les pays européens. Et tous les ans, la Suisse n'évolue pas beaucoup dans cette étude comparative des gouvernements numériques. Certes, notre pays s'est hissé cette année au 28^e rang (sur 35), alors qu'il n'occupait encore que la 30^e place en 2021. Mais ce n'est pas une position de tête, tant s'en faut.

Faut-il s'en inquiéter ? Non. Et ce pour deux raisons (au moins) :

Premièrement, le rapport sur la numérisation de l'UE compare dans quelle mesure les prestations des administrations publiques prennent une forme « numérique ». Mais il ne dit rien de la qualité des prestations des collectivités publiques. Sans vouloir se donner une trop grande tape dans le dos, les communes et cantons suisses ainsi que la Confédération peuvent se prévaloir de fournir de bonnes prestations de manière générale – parfois « en ligne », mais parfois encore de manière « traditionnelle ». C'est pourquoi il est dit ici et là que la pression est probablement trop faible dans notre pays (ou que le service

public est trop bon), raison pour laquelle la numérisation prend un peu plus de temps. Toutefois, même si la qualité des prestations est bonne, cela ne doit pas être une raison pour passer à côté d'une évolution.

Deuxièmement, les choses bougent, aussi dans le canton de Berne justement. Si l'on regarde la multitude de projets de numérisation en cours ou de procédures législatives en la matière qui concernent aussi les communes, on pourrait presque parler d'un véritable boom de numérisation dans le canton de Berne. En voici quelques exemples :

- En mars, le Grand Conseil a adopté la loi sur l'administration numérique (LAN), posant ainsi des jalons importants pour l'orientation future des administrations cantonale et communales. L'ordonnance d'exécution a suivi. Elle règle les questions de la gestion électronique des affaires, de l'identification numérique, de la signature électronique ou des paiements numériques.
- La transition numérique sera introduite à large échelle dans toutes les communes du canton de Berne : la loi

et l'ordonnance sur l'établissement et le séjour des Suisses sont en cours de révision.

- Depuis le printemps, les demandes de permis de construire ne peuvent plus être déposées que par voie électronique (via eBau) dans les communes bernoises. Et la prochaine étape est déjà en pleine élaboration : la procédure électronique d'édiction des plans (ePlan).
- Dès l'année prochaine, une première commune bernoise publiera ses communications officielles sur une plateforme numérique, et non plus dans une feuille d'avis imprimée. La base légale à ce propos a déjà été ancrée dans la loi sur les communes.
- Aidées de communes-pilotes, les Archives de l'État de Berne s'attèlent à poser les bases d'un système d'archivage numérique que les communes pourraient aussi utiliser. C'est un élément important, car on ne pourra pas se contenter de ranger à la cave les « dossiers » électroniques lorsqu'ils devront un jour être archivés.
- Le « nouveau système de gestion des cas » dans le domaine des affaires sociales aura pour but d'offrir un pro-

gramme standardisé pouvant être utilisé aussi bien par les services sociaux des communes que par le Canton. C'est un projet intéressant auquel participent activement l'ACB et la Conférence bernoise d'aide sociale et de protection de l'enfant et de l'adulte (BKSE).

- Dans un proche avenir, la communication entre les autorités, les tribunaux, les avocats et avocates et en partie aussi les particuliers ne prendra aussi plus qu'une forme électronique. Dans ce but, le canton a mis en consultation une révision de la loi sur la procédure et la juridiction administratives.

Cette liste est impressionnante. Cependant, le canton de Berne est en aucun cas un précurseur dans le domaine de la numérisation. Mais il est indéniable qu'ici aussi, les administrations publiques et leurs services seront de plus en plus imprégnés par la numérisation. L'étude nationale sur la cyberadministration 2022 montre qu'il s'agit là de la voie à suivre : les échanges avec l'administration se font de plus en plus souvent en ligne, lorsque cela est déjà possible. Et la demande de la population en

matière de services numériques est toujours aussi forte. Même si beaucoup a déjà été fait, il reste encore beaucoup à faire.

Néanmoins, il ne faut pas se précipiter. Les communes ont le temps de se préparer. L'ordonnance sur l'administration numérique prévoit des délais transitoires appropriés par exemple. Mais il faut commencer les préparatifs dès à présent, et ne pas attendre que ces délais se soient écoulés. Il est réjouissant de voir qu'un nombre croissant de projets communs sont lancés : entre les communes, mais en particulier aussi entre le canton et les communes. En effet, il n'est pas nécessaire de tout inventer tout seul ; les projets de numérisation sont souvent trop complexes pour qu'une commune puisse les mener à bien seule. Pour citer encore une étude : les employés du service public sont en quête de nouveaux modes de travail et de plus grandes compétences dans le domaine numérique selon l'étude Deloitte sur le gouvernement numérique en Suisse. Ce sont des conditions favorables.

La nouvelle suivante, qui a récemment fait le tour de la planète, est tout sauf

numérique : la Terre compte désormais 8 milliards d'être humains. Il y a 50 ans, il y en avait à peine la moitié. Des millions d'entre eux sont en fuite. La guerre en Ukraine a poussé en Suisse des dizaines de milliers de personnes réfugiées. À quoi s'ajoute un afflux croissant de migrantes et migrants venus d'autres pays. Cette vague représente un énorme défi aussi pour le canton de Berne. Les capacités d'accueil aux niveaux fédéral et cantonal sont arrivées à leurs limites. Il n'y a pas si longtemps, le canton a revu l'organisation dans le domaine de l'asile et chargé des partenaires régionaux d'accueillir et d'héberger les personnes réfugiées. Ces structures sont maintenant soumises à l'épreuve du feu. Il faut espérer qu'elles tiendront le coup et qu'il ne sera pas nécessaire de proclamer un « état d'urgence » qui aurait des conséquences pour les communes. Indépendamment des compétences en la matière, une chose est sûre : ces hommes et ces femmes séjournent dans une ville, un village, un quartier. Les communes doivent également s'y préparer.

Je vous souhaite à toutes et à tous de joyeuses fêtes de Noël ainsi qu'une bonne et heureuse année 2023.

WICHTIGE GESCHÄFTE

KRIEG IN DER UKRAINE – NEUE FLÜCHTLINGSWELLE

Die Situation betreffend die Ukraine-Flüchtlinge hat sich nach anfänglichen Turbulenzen im Kanton Bern in den vergangenen Monaten und Wochen relativ stark beruhigt und stabilisiert. Dies vor allem deshalb, weil der Kanton Bern in der ersten Phase stark überproportional Flüchtlinge aufgenommen hat und in der Folge über einen längeren Zeitraum kaum mehr Zuweisungen erhalten hat. Mittlerweile bestehen zwischen den einzelnen Kantonen keine grossen Unterschiede mehr, so dass die Zuweisungen sich allerorts auf einem ähnlichen (relativ überschaubaren) Niveau bewegen. Unklar ist, ob und wie sich der Winter auf den Zugang von Flüchtlingen aus der Ukraine auswirken wird. Es muss damit gerechnet werden, dass sich der Zustrom von Personen aus der Ukraine verstärken wird, da viele Flüchtlinge in umliegenden Ländern derzeit in nicht wintersicheren Unterkünften unterbracht sind.

Zusätzlich wird die Situation im Asylwesen zurzeit dadurch verschärft, dass der Zustrom von Flüchtlingen aus anderen Ländern (insb. Afghanistan, Syrien,

Türkei) im Moment stark ansteigt. Die Unterbringungskapazitäten des Bundes und des Kantons (bzw. jene der vom Kanton bezeichneten regionalen Asyl-Partnerorganisationen) sind bereits sehr stark belastet. Der Kanton sucht – unter Einbezug der Regierungsstatthalterämter – weiterhin intensiv nach Quartieren. Der VBG geht davon aus, dass die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge auch bei steigenden Zahlen möglichst lange in den vom Kanton vor wenigen Jahren neu organisierten Regelstrukturen vollzogen werden müssen (d.h. über die regionalen Partnerorganisationen). Im Moment gilt im Kanton Bern im Asylwesen die «angespannte Lage». Sollte es aufgrund starker Flüchtlingszuströme zu einer asylrechtlichen «Notlage» kommen, könnten die Gemeinden verstärkt in die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung einbezogen werden.

Betreffend die Flüchtlinge aus der Ukraine sind die Gemeinden zurzeit insbesondere in den Schulen gefordert. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) hat die Absicht, die anfänglich Willkommensklassen (d.h. Klassen, die ausschliesslich aus ukrainischen Kindern bestehen) soweit als möglich nur noch bis Ende Jahr führen zu las-

sen. Dann sollen die Kinder in die Regelklassen integriert werden, was aus Integrationssicht sicherlich richtig ist. Die BKD prüft aber im Einzelfall, ob Willkommensklassen verlängert werden können, wenn eine Gemeinde/Schule Bedarf hat. Es ist eine Umfrage bei den Gemeinden gemacht worden, damit diese eine Einschätzung abgeben konnten, ob sie in der Lage sind, die Kinder ab dem neuen Jahr in die Regelklassen zu übernehmen. Die BKD versucht, flexibel zu bleiben, aber gleichzeitig den Schulen auch eine gewisse Planungssicherheit zu geben. Ob und wie sich die Schulsituation aufgrund des neuen Zustroms von Flüchtlingen aus anderen Ländern als der Ukraine verändern wird, ist zurzeit noch offen und hängt wesentlich auch davon ab, wie viele Kinder unter diesen Menschen in die Schweiz kommen werden.

DROHENDE ENERGIEMANGELLAGE

Als neuste Herausforderung in der langen Liste der vergangenen zwei Jahre müssen sich die Gemeinden mit der drohenden Energiemangellage auseinandersetzen. Der Kanton hat einen «Sonder-

stab Energiemangel» eingesetzt, in den nach Intervention nun auch der VBG aktiv mit eingebunden ist. Verschiedene Gemeinden haben auch eigene Task Forces oder Krisenstäbe eingesetzt, um sich vorzubereiten. Der Koordination allfälliger Massnahmen durch den Kanton kommt eine zentrale Rolle zu. Mittlerweile sind auch verschiedene Empfehlungen im Hinblick auf mögliche Energiesparmassnahmen veröffentlicht worden, u.a. auch vom Schweizerischen Gemeindeverband und vom Schweizerischen Städteverband. Die Gemeinden sind grundsätzlich frei, welche Massnahmen sie in ihren Zuständigkeitsbereichen umsetzen. Eine Koordination unter den Gemeinden ist jedoch in verschiedenen Bereichen sachgerecht (z.B. Strassenbeleuchtung etc.). Darüber hinaus ist aber zu beachten, dass die Energieversorgung vor allem auch auf nationaler Ebene gesteuert wird. Die Energieversorgung kann auf kommunaler Ebene nur beschränkt beeinflusst werden. Hingegen müssen sich die Gemeinden überlegen, wie sie im Fall von temporären Energiebeschränkungen vorgehen (Kommunikation, Notfalltreffpunkte, Bezeichnung von vitalen Dienstleistungen etc.). Glücklicherweise hat

sich zumindest für den kommenden Winter die Lage etwas entspannt.

Ein Problem, das die Gemeinden sehr unterschiedlich getroffen hat, ist die Entwicklung der Strompreise. Insbesondere Gemeinden, die eine eigene Stromversorgung anbieten, aber über keine eigene Produktion verfügen, sehen sich nach Auslaufen der aktuellen Stromlieferverträge mit teilweise erheblichen Preiserhöhungen konfrontiert, die sie mindestens teilweise an die Bezügerinnen und Bezüger weitergeben müssen. Das führt dazu, dass die Strompreise ab dem kommenden Jahr je nach Gemeinde grosse Unterschiede aufweisen können.

KONTAKTGREMIUM PLANUNG – REVISION DES BAUGESETZES

In der Herbstsession hat der Grosse Rat die Teilrevision des kantonalen Baugesetzes, die im Wesentlichen auf die Arbeiten des Kontaktgremiums Planung zurückgehen, einstimmig verabschiedet. Diese Revision ist zwar nur ein Teil der Lösung, sollte aber doch spürbar dazu beitragen, dass sich die Probleme mit

den kommunalen Planungen schrittweise reduzieren. Im Anschluss an das Baugesetz erfährt auch die Bauverordnung eine Teilrevision; sie befindet sich zurzeit in der Vernehmlassung.

Mittlerweile hat das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) auch interne organisatorische und personelle Veränderungen in Aussicht gestellt, welche die Bemühungen für eine Beschleunigung und adäquatere Behandlung der kommunalen Planungsgeschäfte unterstützen dürften.

Die Arbeiten im Kontaktgremium Planung gehen weiter. In einem nächsten Arbeitsschritt sollen die Vorprüfungs- und Genehmigungsverfahren für die kommunalen Planungen auf eine mögliche Verschlanung und Beschleunigung hin überprüft werden. Wir verweisen auf die ausführliche Information auf Seite 42.

BAUEN AUSSERHALB DER BAUZONE – DIALOG IM OBERLAND

Im Sommer 2022 hat im Rahmen von zwei Anlässen in Spiez ein Dialog zwi-

schen der Direktion Inneres und Justiz (DIJ) und den Oberländer Gemeinden zum Thema «Bauen ausserhalb der Bauzone» stattgefunden. Während es im ersten Teil im Wesentlichen um eine Auslegeordnung und eine Problemanalyse ging, wurde im zweiten Teil versucht, konkrete Lösungsansätze zu diskutieren. Die Diskussionen waren konstruktiv, der Dialog wurde von den Gemeinden praktisch einhellig positiv aufgenommen. Der offene Austausch hat nach Ansicht der Spurgruppe, die den Dialog ausgewertet hat, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen gefördert. Die aufgeworfenen rechtlichen Fragen rund um das Bauen ausserhalb der Bauzone hat das AGR als zuständiges Fachamt in einem ersten Schritt beantwortet. Die Antworten fielen angesichts der Komplexität der Materie und der politischen Dimension des Themas erwartungsgemäss nicht durchwegs zur Zufriedenheit aller Beteiligten aus. Der Zielkonflikt zwischen den Interessen jener, die Entwicklungen ausserhalb der Bauzone ermöglichen möchten, und den Vorgaben des eidgenössischen Raumplanungsrechts zur Erhaltung des Nichtbaugebiets bleibt bestehen. Der Kanton will nun den Erfahrungsaustausch mit

anderen Kantonen (insb. auch Gebirgskantonen) verstärken und sich für einen einheitlichen Vollzug der Bestimmungen des Raumplanungsrechts zum Bauen ausserhalb der Bauzone einsetzen. Im Rahmen der aktuell laufenden Debatte zur Teilevision des Raumplanungsgesetzes setzt sich der Kanton Bern zudem für mehr Handlungsspielraum bei Erweiterungen gegen aussen, bei zonenfremden altrechtlichen Gebäuden, ein. Das AGR klärt ab, ob eine Überprüfung der Streusiedlungsgebiete möglich ist. Das Ergebnis dieser Arbeiten ist offen: Die Ausscheidung des Streusiedlungsgebiets beruht auf Kriterien des Bundesrechts und kann nicht auf das Berner Oberland beschränkt werden, sondern muss das ganze Kantonsgebiet umfassen. Die Zusammenarbeit zwischen dem AGR, den Regierungsstatthalterämtern und den Gemeinden in diesem Thema soll verbessert werden. Und schliesslich soll auf verschiedenen Kanälen eine Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Baubewilligungspflicht ausserhalb der Bauzone stattfinden, wobei auch verstärkt auf die Möglichkeiten, Voranfragen zu stellen und sich von den Gemeindebehörden beraten zu las-

sen, hingewiesen werden soll. Das AGR seinerseits will sein Informationsmaterial zugänglicher und verständlicher machen, seine Kommunikationskanäle verbessern und die bestehenden Weiterbildungsangebote bekannter machen.

ANPASSUNG DER BAUBEWILLIGUNGSKOMPETENZ KLEINER GEMEINDEN

Als Folge der Motion Gschwend-Pieren ist eine Anpassung der Baubewilligungskompetenz der kleinen Gemeinden vorgenommen worden. Der VBG hat den Vorschlag des AGR, von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit zur Anpassung der Kompetenzsumme an die Teuerung Gebrauch zu machen, klar unterstützt. Mit der Erhöhung der Kompetenz auf CHF 1.4 Mio. erhalten die Gemeinden teuerungsbereinigt wieder jene Zuständigkeit, die ihnen beim Erlass der Regulierung vor zwei Jahrzehnten eingeräumt wurde. Mit der Erhöhung der Grenze sind die Gemeinden faktisch wieder für diejenigen Gesuche zuständig, die ursprünglich in ihrer Kompetenz lagen. Mit dieser Regelung kann eine Beschleunigung der

Gesuchsbehandlung erreicht und ein aktiver Beitrag gegen den teils markanten Behandlungsrückstau bei den Regierungsstatthalterämtern geleistet werden. Wir verweisen auf die ausführliche Information auf Seite 35.

PLANUNGSMEHRWERTABGABE: UNSICHERE RECHTLICHE SITUATION INFOLGE BUNDESGERICHTSENTSCHEID

Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission des Grossen Rates (Bak) hat – durchaus im Sinne des VBG – beschlossen, das Baugesetz aufgrund des Bundesgerichtsentscheids vom 5. April 2022 (Meikirch) nicht sofort anzupassen. Die DIJ hat sich dieser Haltung angeschlossen. Vor allem wegen der laufenden Revision des Raumplanungsgesetzes auf Bundesebene wird vorerst abgewartet. Falls – wie im Ständerat beantragt – das Raumplanungsgesetz angepasst wird, wäre die frühere Berner Lösung wieder rechtskonform, d.h. eine Anpassung des Baugesetzes wäre dann nicht nötig und jene Gemeinden, die bei Um- und Aufzonungen keine Mehrwertabgabe erheben wollen, wären wieder in einem bundesrechtskonformen Zustand.

Das AGR wartet – in Absprache mit dem VBG – vorerst ebenfalls ab und passt das Musterreglement über die Planungsmehrwerte im Moment noch nicht an. Der Fortgang der RPG-Revision in der Bundesversammlung wird verfolgt. Sobald sich eine einigermassen verlässliche Entwicklung abzeichnet, wird das Musterreglement entsprechend angepasst. Unangenehm an der aktuellen Situation ist, dass eine gewisse Rechtsunsicherheit herrscht in jenen Gemeinden, die in ihren Regelwerken bisher keine Abgabe bei Um- und Aufzonungen vorsehen. Wenn diese Gemeinden entsprechende Planungen verabschieden, besteht ein gewisses Risiko, dass Beschwerde geführt wird. Im Moment muss dieses Risiko wohl einfach in Kauf genommen werden, wenn Planungen nicht aus diesem Grund verzögert werden sollen.

ZUSTANDSERFASSUNG PRIVATER ABWASSERANLAGEN (ZPA): KEINE PFLICHT ZUR FLÄCHEN-DECKENDEN ERFASSUNG

Das kantonale Amt für Wasser und Abfall (AWA) hatte ursprünglich vertreten, dass die Gemeinden den Zustand der

privaten Abwasseranlagen systematisch und flächendeckend erfassen müssten. Die Gemeinden waren entsprechend aufgefordert worden, eine ZpA an die Hand zu nehmen. Die Gemeinde Zollikofen hat ein Rechtsgutachten erstellen lassen, das zum Schluss kommt, dass sich aus dem kantonalen Gewässerschutzgesetz (GSchG) keine solche Pflicht ableiten lässt. Das AWA schliesst sich nun dieser Auffassung an: Den Gemeinden wird zwar empfohlen, den Zustand der privaten Anlagen zu erheben; eine Rechtspflicht dazu besteht jedoch nicht.

Unbestritten ist jedoch, dass den Gemeinden Vollzugs- und Aufsichtspflichten gegenüber den privaten Anlagen obliegen. Private müssen ihre Anlagen regelmässig reinigen und visuell inspizieren. Dazu sollen die Gemeinden die Inhaber der Abwasseranlagen regelmässig auf die Reinigungs- und Inspektionspflicht hinweisen (z.B. mit dem Versand der Gebührenrechnungen). Inspiziert oder saniert eine Gemeinde eine öffentliche Anlage, so sollen die privaten Anstösser aufgefordert werden, ihre Anlagen ebenfalls zu kontrollieren und bei Bedarf zu sanieren. Bei privaten Bauvorhaben ist eine Aufnahme der Anlage und wenn nötig eine Sanierung

einzufordern. Schliesslich sollen die Gemeinden gebietsweise prüfen, ob die Anlageninhaber ihre Anlagen tatsächlich mit Kanalfernseh-Aufnahmen kontrollieren und gegebenenfalls sanieren. Für diese Überprüfung kann nach einer risikobasierten Prioritätenordnung vorgegangen werden.

BEARBEITUNGSSTAU BEI DEN GRUNDBUCHÄMTERN

Verschiedene regionale Grundbuchämter sind von einer hohen Geschäftslast betroffen. Auf die Gemeinden wirkt sich dies insofern nachteilig aus, als Geschäfte teilweise erst mit sehr grosser Verzögerung verarbeitet werden. Dies führt bei den Gemeinden je nach den Umständen zu finanziellen Einbussen. Dem kantonalen Grundbuchamt bzw. dessen Leitung ist das Problem bekannt. Es wird an Lösungen gearbeitet.

VERORDNUNG ÜBER DIE DIGITALE VERWALTUNG

Nachdem der Grosse Rat das Gesetz über die digitale Verwaltung (DVG) ver-

abschiedet und dort die Weichen in Richtung einer verstärkten Digitalisierung der Verwaltung gestellt hat, liegt nun auch die Verordnung dazu vor. Die Verordnung setzt insbesondere den Grundsatz um, dass Behörden – auch jene der Gemeinden – ihre Geschäfte in Zukunft digital führen. Damit verbunden sind beispielsweise digitale Signaturen und Identifikationen. Je nachdem kann die Umsetzung auch dazu führen, dass eine Gemeinde ihre ICT-Infrastruktur anpassen muss (insb. Geschäftsverwaltung). Die Verordnung sieht mehrjährige Übergangsfristen vor; ein sofortiger Handlungsbedarf besteht nicht. Es ist den Gemeinden aber zu empfehlen, sich in nicht allzu ferner Zukunft ernsthaft mit den Auswirkungen auf ihre Verwaltungen zu befassen und die nötigen Anpassungen frühzeitig zu planen.

VRPG – EINFÜHRUNG DES ELEKTRONISCHEN BEHÖRDEN-VERKEHRS

Mit einer Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG), die sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet,

soll der Schritt zum elektronischen Rechtsverkehr in der ganzen Verwaltung und in der Verwaltungsgerichtsbarkeit getan werden. In Zukunft soll der Rechtsverkehr vor allem zwischen Behörden aller Ebenen und mit Justizbehörden nur noch elektronisch abgewickelt werden. Die Änderung betrifft auch die Behörden der Gemeinden, die ebenfalls dieser Pflicht unterstellt werden sollen. Private könnten wählen, ob sie elektronisch oder konventionell mit Behörden und Gerichten korrespondieren wollen. Mit der Einführung des elektronischen Behördenverkehrs folgt der Kanton der Entwicklung auf Bundesebene und in verschiedenen anderen Kantonen. Für die Umsetzung sind noch verschiedene technische Voraussetzungen zu schaffen. Wann das System in Betrieb genommen werden kann, ist zurzeit noch offen.

DIGITALE ARCHIVIERUNG IN DEN GEMEINDEN

Hier wurde im Grossen Rat ein von VBG-Präsident Daniel Bichsel und weiteren VBG-Vorstandsmitgliedern eingereichter Vorstoss einstimmig als Postu-

lat verabschiedet. Der Kanton verfügt damit auch über eine politische Legitimation, die bereits begonnenen Arbeiten mit hoher Priorität weiterzuführen. Wir verweisen auf die ausführliche Information auf Seite 29.

POLIZEIGESETZ: VIDEOÜBERWACHUNG GEGEN DEN WILLEN EINER GEMEINDE?

Die meisten Bestimmungen des Polizeigesetzes, die in der aktuell vorliegenden Teilrevision geändert werden sollen, betreffen die Gemeinden nicht. Aufhören lässt jedoch eine neue Bestimmung, welche es der Sicherheitsdirektion ermöglichen soll, in einer Gemeinde auch gegen den Willen der betroffenen Gemeinde eine Videoüberwachung anordnen zu können. Dies, obwohl gemäss geltendem Polizeigesetz die Zuständigkeit zur Anordnung von Videoüberwachungen bei den Gemeinden und damit in deren Autonomiebereich liegt. Zudem sollen den Gemeinden, denen durch die Sicherheitsdirektion eine Videoüberwachung verordnet wird, auch noch die Kosten dieser Massnahmen überbunden werden. Aus grundsätzlicher

kommunal- bzw. autonomiepolitischer Sicht ist die Norm in der vorliegenden Ausgestaltung nicht unproblematisch.

KLAUSUR DES VBG-VORSTANDES

Mitte August hat der VBG-Vorstand eine kurze Klausur durchgeführt, um eine Standortbestimmung durchzuführen. Im Wesentlichen wurden die seit 2012 bestehenden «Eckwerte» des VBG überprüft. Diese beschreiben die Strategie der Verbandspolitik des VBG und dienen im Alltag als wichtige Leitlinien. Der Vorstand hat im Rahmen seiner Klausur bestätigt, dass die Eckwerte nach wie vor Gültigkeit haben, und nur kleinere redaktionelle Anpassungen verabschiedet. Grob zusammengefasst lässt sich die Stossrichtung wie folgt zusammenfassen:

- Der VBG verfolgt eine Generalistenoptik, keine Spezialistenoptik.
- Der VBG sucht den gemeinsamen Nenner der Gemeinden oder versucht, mindestens ausgleichend zu wirken; in gesellschaftspolitischen Fragen hält er sich zurück.
- Das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz ist zentral und wird verteidigt.

- Der VBG will die Gemeinden einen, wir wollen geschlossen gegenüber dem Kanton auftreten und keine Keile zwischen die Gemeinden treiben lassen.
- Der VBG will frühzeitig Einfluss nehmen; das ist weniger spektakulär, aber wirkungsvoller.

Eine zentrale Herausforderung ist die Frage, wie der VBG seine Arbeit – die oft auch hinter den Kulissen stattfindet – gegenüber seinen Mitgliedern sichtbar machen kann. Hier wird aktuell geprüft, ob und welche Anpassungen allenfalls bezüglich Kommunikation vorgenommen werden sollen.

VERNEHMLASSUNGEN

Die Stellungnahmen der kommunalen Verbände (VBG / BGK) zu den jeweils aktuellen Themen werden stets umgehend auf der Homepage begem.ch publiziert.

www.begem.ch/vernehmlassungen

LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

GUERRE EN UKRAINE – NOUVELLE VAGUE DE PERSONNES RÉFUGIÉES

Après les turbulences initiales, la situation dans le canton de Berne en ce qui concerne les personnes réfugiées venues d'Ukraine s'est grandement apaisée et stabilisée ces derniers mois et dernières semaines. Cela s'explique surtout par le fait qu'au début le canton de Berne a accueilli un nombre excessivement élevé de personnes réfugiées et qu'il ne lui en a plus été attribué par la suite durant une longue période. Entre-temps, il n'y a plus de grandes différences entre les cantons de sorte que les attributions évoluent partout dans une proportion identique (relativement claire). On ne sait pas si et dans quelle mesure l'hiver aura un impact sur l'arrivée de personnes réfugiées en provenance d'Ukraine. Il faut néanmoins s'attendre à ce que l'afflux se renforce car un grand nombre de réfugiés se trouvant dans les pays voisins ne sont pas accueillis dans des hébergements propices pour passer l'hiver.

En outre, la situation dans le domaine de l'asile est encore aggravée par la forte augmentation des afflux de personnes réfugiées en provenance d'autres pays (notam-

ment Afghanistan, Syrie, Turquie). Les capacités d'hébergement de la Confédération et du canton (ou celles des partenaires régionaux dans le domaine de l'asile qui sont désignés par le canton) sont déjà très fortement sollicitées. Avec l'aide des préfetures, le canton recherche des cantonnements de manière intensive. L'ACB estime que, même si leur nombre augmente, l'hébergement et l'accueil des personnes réfugiées doivent être assurés aussi longtemps que possible par les structures régulières réorganisées par le canton il y a quelques années (à savoir par le biais des partenaires régionaux). Pour le moment, la situation dans le domaine de l'asile est considérée comme « tendue ». Si elle devait évoluer en « situation d'urgence » selon le droit en matière d'asile en raison de forts afflux de personnes réfugiées, les communes pourraient être davantage impliquées dans la mission d'hébergement.

Concernant les personnes venues d'Ukraine, les communes sont à l'heure actuelle particulièrement sollicitées dans les écoles. La Direction de l'instruction publique et de la culture (INC) a l'intention de ne gérer des classes d'accueil (c'est-à-dire des classes n'accueillant que

des enfants ukrainiens) que jusqu'à la fin de l'année si possible. Ensuite, ces enfants devront être intégrés dans les classes régulières, ce qui est juste du point de vue de leur intégration. L'INC examine cependant au cas par cas s'il est possible de prolonger des classes d'accueil si une commune/école en a besoin. Elle a mené une enquête auprès des communes pour que ces dernières puissent lui indiquer approximativement si elles seront en mesure d'intégrer ces enfants dans les classes régulières à partir de la nouvelle année. L'INC essaie de rester flexible, tout en offrant en même temps aux écoles une certaine sécurité en matière de planification. On ne sait pas encore si et dans quelle mesure la situation dans les écoles va changer en fonction de nouveaux afflux de réfugiés venus d'autres pays que l'Ukraine. Cela dépendra surtout du nombre d'enfants parmi les personnes qui arriveront en Suisse.

RISQUE DE PÉNURIE D'ÉNERGIE

Le risque de pénurie d'énergie vient s'ajouter à la longue liste des problèmes auxquels sont confrontées les communes depuis deux ans. Le canton a mis en place

un « état-major spécial pénurie d'énergie » dans lequel, après être intervenue, l'ACB est maintenant aussi activement impliquée. Diverses communes ont organisé leur propre task force ou état-major de crise, afin de s'y préparer. Il est toutefois central que le canton coordonne l'ensemble des mesures. Entre-temps, des recommandations sur les économies d'énergie possibles ont été publiées à différents niveaux, notamment aussi par l'Association des communes suisses et par l'Union des villes suisses. Sur le principe, les communes sont libres de décider quelles mesures relevant de leur compétence elles appliquent. Cependant, il est juste qu'elles coordonnent leurs actions dans certains domaines (par ex. éclairage des rues, etc.). Par ailleurs, il convient de relever que l'approvisionnement énergétique est principalement géré au niveau fédéral et que les communes n'exercent qu'une influence limitée en la matière. En revanche, les communes doivent réfléchir sur la façon de procéder en cas de restrictions temporaires au niveau de l'énergie (communication, points de rencontre d'urgence, définition des prestations vitales etc.). Heureusement, la situation s'est quelque peu détendue, au moins pour cet hiver.

Un problème qui frappe les communes très diversement est la hausse des prix de l'électricité. Les communes qui proposent un approvisionnement en électricité, mais qui ne disposent pas de leurs propres installations de production se voient ou se verront confrontées à des hausses de prix parfois exorbitantes à l'expiration de leurs contrats de fourniture d'électricité, des hausses qu'elles devront au moins partiellement reporter sur les consommatrices et consommateurs. Cela signifie que les prix de l'électricité pourront présenter de grandes différences d'une commune à l'autre à partir de l'année prochaine.

GROUPE DE CONTACT AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE – RÉVISION DE LA LOI SUR LES CONSTRUCTIONS

Durant la session d'automne, le Grand Conseil a adopté à l'unanimité la révision partielle de la loi cantonale sur les constructions qui repose pour l'essentiel sur les travaux du Groupe de contact Aménagement du territoire. Cette révision n'apporte qu'une partie de la solution, mais elle devrait contribuer de

manière sensible à réduire progressivement les problèmes rencontrés au niveau des planifications de territoire communales. À la suite de la loi sur les constructions, l'ordonnance sur les constructions est soumise à une révision partielle ; le projet se trouve actuellement en procédure de consultation.

Pendant ce temps, l'Office des affaires communales et de l'aménagement du territoire (OACOT) a aussi envisagé des changements internes au niveau organisationnel et humain. Ceux-ci devraient soutenir les efforts visant à accélérer et à traiter de manière plus adéquate les dossiers de planifications de territoire communales.

Les travaux au sein du groupe de contact se poursuivent. Dans un prochain temps, il examinera comment rationaliser et accélérer les procédures liées à l'examen préalable et à l'approbation des planifications communales. Nous renvoyons aux informations détaillées à ce propos à la page 44.

CONSTRUCTION HORS ZONE À BÂTIR – DIALOGUE DANS L'OBERLAND

À deux reprises durant l'été 2022, un dialogue a eu lieu à Spiez entre la Direction de l'intérieur et de la justice (DIJ) et les communes de l'Oberland à propos de la construction hors zone à bâtir. La première partie des rencontres a surtout été l'occasion de dresser un état des lieux et d'analyser le problème, tandis que des solutions concrètes étaient discutées durant la seconde partie. Les débats étaient constructifs, et les communes étaient pratiquement unanimes sur l'aspect positif de ce dialogue. Selon le groupe qui a évalué le dialogue, les échanges étaient ouverts et ont favorisé la compréhension et la confiance mutuelles. En tant qu'organe spécialisé compétent, l'ACB a répondu dans un premier temps aux questions juridiques posées à propos de la construction hors zone à bâtir. Comme on s'y attendait, au vu de la complexité de la matière et de la dimension politique du sujet, les réponses données n'ont pas toujours satisfait l'ensemble des participantes et participants. Le conflit demeure entre les intérêts de ceux qui souhaiteraient

permettre les constructions hors zone à bâtir et les dispositions du droit fédéral en matière d'aménagement du territoire qui visent à préserver les terrains non constructibles. Le canton souhaite maintenant renforcer les échanges d'expériences avec d'autres cantons (notamment aussi les cantons de montagne). Il veut s'engager pour une application unifiée de la législation sur l'aménagement du territoire en ce qui concerne la construction hors zone à bâtir. Dans le cadre des débats concernant la révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire, le canton de Berne s'implique pour qu'une plus grande marge de manœuvre soit laissée dans le domaine des extensions vers l'extérieur et des bâtiments construits selon l'ancien droit non conformes à l'affectation de la zone. L'ACB clarifie si un réexamen des territoires à habitat dispersé est possible. Le résultat doit encore venir : la délimitation du territoire à habitat dispersé repose sur des critères du droit fédéral et ne peut pas être limitée à l'Oberland bernois, mais doit intégrer l'ensemble du territoire cantonal. Il convient d'améliorer la collaboration entre l'OACOT, les préfectures et les communes à ce sujet. Enfin, il faut par différents canaux

sensibiliser les citoyennes et citoyens à propos de l'obligation d'obtenir un permis pour construire en dehors de la zone à bâtir et insister sur les possibilités de déposer des demandes préalables et de se faire conseiller par les autorités communales. Pour sa part, l'ACB souhaite rendre son matériel d'information plus compréhensible et accessible, améliorer ses canaux de communication et faire mieux connaître ses offres de formation continue.

COMPÉTENCE D'OCTROYER LE PERMIS DE CONSTRUIRE DANS LES PETITES COMMUNES

À la suite du dépôt de la motion Gschwend-Pieren, la compétence d'octroi de permis de construire dans les petites communes a été adaptée. L'ACB a explicitement soutenu la proposition de l'OACOT de faire usage de la possibilité inscrite dans la législation d'adapter à l'indice des prix de la construction le montant en dessous duquel la compétence d'octroi du permis de construire revient aux petites communes. Grâce à l'augmentation de ce montant qui passe à 1,4 million de francs, les communes

retrouvent, une fois le renchérissement déduit, la compétence dont elles disposaient au moment de l'édiction de cette réglementation il y a deux décennies. Grâce à l'augmentation du montant seuil, les communes redeviennent, de fait, responsables des demandes qui relevaient initialement de leur compétence. Cette nouvelle réglementation permettra d'accélérer le traitement des demandes et contribuera activement à réduire le retard accumulé par les préfetures dans le traitement des dossiers. Nous renvoyons aux informations détaillées à ce propos à la page 38.

TAXE SUR LA PLUS-VALUE DÉCOULANT D'AMÉNAGEMENT : SITUATION JURIDIQUE INCERTAINE À LA SUITE D'UN ARRÊT DU TRIBUNAL FÉDÉRAL

La Commission des infrastructures et de l'aménagement du territoire (CIAT) du Grand Conseil a décidé – tout à fait dans le sens de l'ACB – de ne pas adapter immédiatement la loi sur les constructions selon l'arrêt du Tribunal fédéral du 5 avril 2022 (Meikirch). La DIJ s'est rangée à cet avis. Il est préférable d'attendre

quelque peu, notamment en raison de la révision en cours de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT). Si comme le propose le Conseil des États, cette dernière est modifiée, la solution appliquée autrefois dans le canton de Berne serait à nouveau conforme au droit. Cela signifie qu'il ne serait pas nécessaire de réviser la loi sur les constructions et que les communes ne souhaitant pas percevoir de taxe sur la plus-value lors de changements d'affectation ou d'augmentations du degré d'affectation seraient à nouveau en conformité avec le droit fédéral. D'entente avec l'ACB, l'OACOT va aussi attendre dans un premier temps, renonçant pour l'instant à adapter le modèle de règlement sur la plus-value résultant des mesures d'aménagement. L'ACB suit la progression de la révision de la LAT à l'Assemblée fédérale. Dès qu'une évolution quelque peu fiable se dessinera, le modèle de règlement sera adapté en conséquence. Néanmoins, la situation actuelle n'est pas très agréable, puisque qu'une certaine insécurité juridique règne dans les communes qui ne prévoyaient jusqu'ici pas de percevoir la taxe sur la plus-value en cas de changements d'affectation et d'augmentations du degré

d'affectation. Si elles adoptent des planifications dans ce domaine, elles courent le risque qu'un recours soit déposé. Pour le moment, il faut s'accommoder de ce risque si l'on veut éviter de retarder des aménagements pour cette raison.

RELEVÉ DE L'ÉTAT DES INSTALLATIONS D'ÉVACUATION DES EAUX PRIVÉES (RIP) : AUCUNE OBLIGATION D'EXHAUSTIVITÉ

L'Office cantonal des eaux et des déchets (OED) avait initialement laissé entendre que les communes devaient effectuer un relevé systématique et exhaustif de l'état des installations d'évacuation des eaux privées (RIP). Il avait donc chargé les communes d'entreprendre ce relevé. La commune de Zollikofen a demandé un avis de droit. Celui-ci est arrivé à la conclusion qu'on ne peut déduire une telle obligation de la loi cantonale sur la protection des eaux (LCPE). L'OED s'est maintenant ralié à cet avis : même s'il *recommande* aux communes d'effectuer le relevé des installations d'évacuation des eaux privées, il n'y a pas d'obligation légale de le faire. Il est cependant incontestable que les communes ont un devoir d'application et de

surveillance à l'encontre des installations privées. Les particuliers et les entreprises doivent régulièrement les nettoyer et les faire inspecter visuellement. Dans ce but, les communes doivent périodiquement rappeler aux propriétaires d'installations d'eaux usées leur devoir de nettoyage et d'inspection (par ex. lors de l'envoi des factures de taxes). Lorsqu'une commune inspecte ou assainit une installation publique, les propriétaires du voisinage doivent aussi faire contrôler leurs installations privées et les assainir si nécessaire. En cas de projet de construction privé, il faut exiger une téléinspection de l'installation et, au besoin, son assainissement. Enfin, les communes doivent contrôler par secteurs si les propriétaires réalisent effectivement le contrôle de leurs installations par caméra et, le cas échéant, l'assainissement requis. Pour mener ces vérifications, elles peuvent procéder selon un ordre de priorité basé sur les risques.

BUREAUX DU REGISTRE FONCIER : RETARDS

Divers bureaux régionaux du registre foncier sont confrontés à une charge de travail élevée. C'est préjudiciable pour

les communes dans la mesure où certains dossiers sont parfois traités avec un très grand retard. Selon les circonstances, cela peut conduire à un manque à gagner financier pour les communes. Le Bureau cantonal du registre foncier et sa directrice sont au courant de ce problème et cherchent des solutions.

ORDONNANCE SUR L'ADMINISTRATION NUMÉRIQUE

Après l'adoption par le Grand Conseil de la loi sur l'administration numérique (LAN) qui pose les jalons d'un renforcement de la numérisation de l'administration, l'ordonnance d'application est désormais aussi arrêtée. Elle fixe notamment le principe selon lequel les autorités, celles des communes incluses, géreront à l'avenir leurs affaires de manière numérique. En font par exemple partie les signatures et identifications électroniques. Selon le cas, cette mise en œuvre nécessitera que certaines communes doivent adapter leur infrastructure informatique (notamment la gestion des affaires). L'ordonnance prévoit des délais de transition de plusieurs années, de sorte que la nécessité d'agir n'est pas

immédiate. Il est cependant recommandé aux communes de ne pas trop attendre pour se pencher sérieusement sur les répercussions qu'elle aura sur leurs services administratifs et de planifier suffisamment tôt les adaptations requises.

LPJA : INTRODUCTION DE LA COMMUNICATION ÉLECTRONIQUE AVEC LES AUTORITÉS

La révision partielle de la loi sur la procédure et la juridiction administratives (LPJA) qui se trouve en consultation doit permettre de franchir le pas vers une communication électronique dans le cadre des rapports juridiques au sein de l'administration et des autorités de justice administrative. À l'avenir, la communication dans le cadre de rapports juridiques, principalement entre les autorités de tous les niveaux étatiques et les autorités judiciaires, ne pourra plus que revêtir la forme électronique. Cette modification concerne aussi les autorités communales, qui devront être soumises à cette obligation. Les personnes privées pourront décider si elles souhaitent communiquer avec les autorités et les tribunaux par voie électronique ou

de manière conventionnelle. En introduisant la communication électronique avec les autorités, le canton suit l'évolution qui se fait au niveau fédéral et dans différents autres cantons. Diverses conditions techniques devront encore être remplies en vue de sa mise en œuvre. On ne sait pas encore quand le système idoine pourra entrer en service.

ARCHIVAGE NUMÉRIQUE DANS LES COMMUNES

Dans ce domaine, le Grand Conseil a adopté à l'unanimité l'intervention déposée par Daniel Bichsel, président de l'ACB, et par d'autres membres de son comité. Le canton dispose ainsi d'une légitimation politique pour poursuivre en toute priorité les travaux lancés. Nous renvoyons aux informations détaillées à ce propos à la page 32.

LOI SUR LA POLICE : VIDÉOSURVEILLANCE CONTRE LA VOLONTÉ D'UNE COMMUNE ?

La plupart des dispositions de la loi sur la police en cours de révision partielle ne

concernent pas les communes. Toutefois, une nouvelle disposition qui permet à la Direction de la sécurité d'ordonner elle-même une vidéosurveillance dans une commune contre la volonté de cette dernière est préoccupante. Et ce bien que selon la loi sur la police en vigueur, les communes détiennent la compétence d'ordonner des vidéosurveillances, cette tâche relevant donc de leur autonomie. De plus, les communes qui auront reçu l'ordre d'effectuer une vidéosurveillance devront en sus assumer les coûts de ces mesures. Du point de vue fondamental de la politique communale et de la politique en matière d'autonomie, cette norme dans sa conception actuelle n'est pas sans poser problème.

SÉANCE SPÉCIALE DU COMITÉ DE L'ACB

À la mi-août, le comité de l'ACB a organisé une brève séance spéciale, afin de dresser un état des lieux. Il a essentiellement examiné les principes cardinaux que l'association s'est fixés depuis 2012. Ceux-ci décrivent la stratégie relative à la politique de l'association et servent de

lignes directrices au quotidien. Dans le cadre de cette séance de réflexions, le comité a réaffirmé la validité de ces principes cardinaux et n'a procédé qu'à quelques petites adaptations rédactionnelles. En résumé, l'orientation poursuivie est la suivante :

- L'ACB adopte une optique généraliste, et non un angle de spécialistes.
- Elle recherche le dénominateur commun de toutes les communes ou s'efforce au moins de trouver un équilibre ; elle ne prend pas position sur les questions relevant de la politique sociale.
- Le principe de l'équivalence fiscale joue un rôle central et est défendu.
- L'ACB veut unir les communes : nous devons intervenir en front uni à l'égard du canton et ne pas laisser la discorde s'installer entre les communes.
- L'ACB veut exercer son influence suffisamment tôt ; c'est moins spectaculaire, mais plus efficace.

Un défi central est de savoir comment l'ACB peut améliorer la visibilité de son travail à l'égard de ses membres, alors que ce travail se fait souvent en coulisse. Le comité examine actuellement s'il

pourrait adapter sa façon de communiquer et, dans ce cas, quels changements apporter.

CONSULTATIONS

Les prises de position des associations communales (ACB / CCB) sur les thèmes d'actualité concernés sont toujours publiées immédiatement sur la page d'accueil du site web begem.ch sous: www.begem.ch/vernehmlassungen.



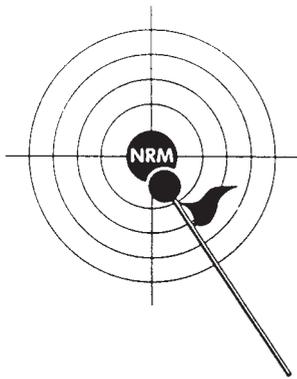
Car la taille est pour moi un critère de choix

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis plus de 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

www.previs.ch

previs
Quand prévoyance
rime avec transparence



... der Treffer ins Schwarze!

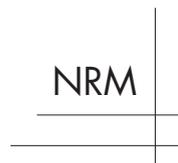
...denn das Zeitalter der
EDV Dinosaurier ist vorbei –
gefragt sind leistungsfähige und
kostengünstige Kleinsysteme

Unser Soft- und Hardware Angebot
reicht vom Einzelplatzsystem bis
zum anspruchsvollen PC-Netzwerk

Speziell

- *Einwohner-, Bürger und Kirchgemeinden*
- *Schulen und Zweckverbände, usw.*

beraten und unterstützen wir



NRM AG, Hauptstrasse 5, 3254 Balm b. Messen, Telefon 031 765 54 27
Software-Entwicklung, Beratung, Schulung

DIGITALE LANGZEITARCHIVIERUNG IN DEN GEMEINDEN

Das Projekt «Digitale Archivierung Gemeinden» wird weitergeführt. In der Juni-Session hat der Grosse Rat einstimmig ein Postulat von VBG-Präsident Daniel Bichsel überwiesen und damit unterstrichen, dass unter der Leitung des Staatsarchivs an der digitalen Langzeitarchivierung für die Gemeinden mit hoher Priorität weitergearbeitet werden soll.

Auch wenn die allermeisten Gemeinden ihre Archive aktuell noch in herkömmlicher Form, d.h. «auf Papier» führen, ist es für die kommunale Ebene entscheidend, dass im Hinblick auf die Digitalisierung der Langzeitarchive rechtzeitig die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Die Vorbereitungszeit für ein digitales Archiv ist lang, die entsprechenden Arbeiten müssen deshalb rechtzeitig aufgenommen werden. Die digitale Langzeitarchivierung wird früher oder später für alle Gemeinden zu einer Herausforderung.

Dazu kommt, dass digitalisierte Arbeitsprozesse vermehrt ebenenübergreifend ausgestaltet werden. In der Applikation eBau beispielsweise werden Baugesuchsprozesse sowohl von kommunalen als

auch von kantonalen Dienststellen bearbeitet. Weitere solche gemeinsamen Applikationen werden folgen. Es ist entscheidend, dass auch die Archivierung der Daten aus gemeinsamen Applikationen künftig in enger Kooperation und Abstimmung zwischen Kanton und Gemeinden angegangen wird.

Das Staatsarchiv hat – unter Einbezug von verschiedenen Gemeinden und dem VBG – bereits wesentliche Vorleistungen erbracht im Hinblick auf ein digitales Langzeitarchiv, das auch den Gemeinden zur Verfügung stehen könnte. Als nächstes ist vorgesehen, dass zusammen mit vier bis fünf Gemeinden ein Pilotprojekt durchgeführt wird, um konkrete Anhaltspunkte für die Ausgestaltung der digitalen Langzeitarchivierung für die Gemeinden zu gewinnen. Dass der Grosse Rat den aus den Reihen des VBG-Vorstandes lancierte Vorstoss einstimmig überwiesen hat, schafft insbesondere auch eine breite politische Legitimation, damit die Arbeiten mit der nötigen Priorität fortgeführt werden können.

Nach dem derzeitigen Projektstand ist vorgesehen, dass der Kanton ein digitales Langzeitarchiv für jene Daten auf-

baut, die in den gemeinsam genutzten Applikationen von Kanton und Gemeinden (z.B. eBau, ePlan etc.) angelegt werden. Die Archivierung dieser Daten soll zwingend beim Kanton erfolgen, die Datenhoheit aber zu jeder Zeit bei den Gemeinden bleiben. Gleichzeitig wird mit den Pilotgemeinden konkret ausgetestet, ob und wie – angegliedert an das kantonale Langzeitarchiv – digitale Archivräume für die Gemeinden geschaffen werden können, in denen die Gemeinden ihre eigenen digitalen Daten archivieren könnten. Für die Gemeinden hätte diese Architektur den Vorteil, dass sie auf der gleichen Infrastruktur, auf welcher die Daten aus den gemeinsamen Applikationen archiviert werden, gewissermassen auch einen eigenen «Archiv-Nebenraum» in Anspruch nehmen könnten, um dort die gemeindeeigenen Daten abzulegen. Allerdings könnten die Gemeinden frei wählen, ob sie für ihre eigenen Daten diese kantonale Lösung beanspruchen, ein eigenes digitales Archiv aufbauen oder ihre Daten durch einen externen Dienstleister archivieren lassen möchten.

Die seitens des Kantons ausgelösten weiteren Schritte werden von den Kom-

munalverbänden sehr begrüsst und der VBG ist in den entsprechenden Gremien vertreten. Die Kommunalverbände sind der Überzeugung, dass die Herausforderungen der Digitalisierung nur mit einer verstärkten Zusammenarbeit der Staatsebenen gelöst werden können.

Die Gemeinden dürfen sich jedoch trotzdem nicht einfach ausruhen. Auch im Falle der Bereitstellung eines digitalen Langzeitarchivs unter der Federführung des Kantons bleiben die Gemeinden in der Verantwortung für ihre eigenen digitalen Daten. Damit diese Daten dereinst in ein digitales Langzeitarchivierung (beim Kanton oder einem privaten Anbieter) überführt werden können, stehen bei den meisten Gemeinden noch grössere Hausaufgaben bezüglich Bewertung und Aussonderung an. Weitere Informationen dazu finden sich im Ratgeber «Der Weg zur digitalen Archivierung».

Führung ist anspruchsvoll. Lassen Sie sich begleiten.

Ob als Linienvorgesetzte oder Fachkader: Der Führungsalltag stellt viele Herausforderungen. Gut zu wissen, dass Sie diese nicht alleine zu meistern brauchen. Wir begleiten Sie als Coaches und Sparringpartner – kompetent, praxisnah und professionell.

Federas berät und unterstützt Institutionen mit öffentlichen Aufgaben.

- **Strategien und Leitbilder**
- **Organisationsanalysen und -entwicklung**
- **Personalvermittlung**
- **Prozess- und Qualitätsmanagement**
- **Projektmanagement**
- **Tagungen und Workshops**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**

Federas Beratung AG, info.bern@federas.ch, www.federas.ch

Casinoplatz 2, 3011 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

ARCHIVAGE NUMÉRIQUE À LONG TERME DANS LES COMMUNES

Le projet d'archivage numérique pour les communes se poursuit. Durant sa session de juin, le Grand Conseil a adopté à l'unanimité un postulat déposé par le président de l'ACB Daniel Bichsel, soulignant ainsi que l'archivage numérique à long terme pour les communes doit rester un projet prioritaire, sous la conduite des Archives de l'État.

Même si la plupart des communes tiennent encore leurs archives sous une forme traditionnelle, c'est-à-dire « sur papier », il est décisif pour elles de prendre les bonnes décisions, et ce, suffisamment tôt, dans la perspective de numériser leurs archives à long terme. La mise en place d'archives électroniques prend beaucoup de temps, raison pour laquelle il faut lancer les travaux correspondants en temps utile. Toutes les communes devront tôt ou tard s'attaquer au défi de l'archivage numérique à long terme.

Sans compter que les processus de travail électroniques concernent toujours davantage les autorités à différents niveaux de l'État. L'application eBau par exemple permet aux services communaux aussi bien que cantonaux de traiter les demandes de permis de construire.

Ce type d'applications conjointes va se répandre. Il est crucial que l'archivage de données provenant de telles applications puisse à l'avenir se faire en étroite coopération et concertation entre le canton et les communes.

Avec la participation de l'ACB et de différentes communes, les Archives de l'État ont déjà mené des préparatifs essentiels dans la perspective d'un archivage numérique à long terme qui pourrait aussi être mis à disposition des communes. Il est ensuite prévu de mener un projet pilote avec quatre ou cinq communes afin d'obtenir des éléments concrets pour concevoir l'archivage numérique à long terme dans les communes. La légitimité politique pour poursuivre ces travaux en priorité est large, du fait que le Grand Conseil a adopté à l'unanimité l'intervention provenant des rangs du comité de l'ACB.

Selon l'état actuel du projet, il est prévu que le canton mette en place un système d'archivage numérique à long terme pour les données qui sont déposées dans les applications utilisées conjointement par le canton et les communes (par ex. eBau, ePlan etc.). L'archivage de ces données

doit obligatoirement se faire au canton, mais la maîtrise des données demeurer en tout temps dans les communes. En parallèle, le canton teste concrètement avec des communes pilotes si et comment des espaces d'archivage numérique, reliés au système cantonal, pourraient être créés pour les communes, afin que celles-ci y archivent leurs propres données numériques. Avec cette architecture, les communes auraient ainsi l'avantage de pouvoir utiliser un espace adjacent, qui leur serait propre, pour stocker les données communales, et ce dans la même infrastructure où les données provenant des applications conjointes seraient archivées. Toutefois, elles pourraient choisir librement si elles recourent à cette solution cantonale pour leurs données, si elles mettent en place leur propre système d'archivage numérique ou si elles chargent un prestataire externe de cette tâche.

Les associations communales saluent les démarches entreprises par le canton, et l'ACB est représentée dans les organes correspondants. Elles sont convaincues que cette collaboration renforcée entre les niveaux étatiques permettra de relever les défis de la numérisation.

Néanmoins, les communes ne doivent pas se reposer sur leurs lauriers. Même si un système d'archivage numérique à long terme est mis en place sous la houlette du canton, elles demeurent responsables de leurs propres données électroniques. Pour que ces données puissent être transférées un jour dans un système d'archivage numérique à long terme (au canton ou chez un prestataire privé), la plupart des communes ont encore devant elles un énorme travail d'évaluation et de triage. Vous trouvez des informations supplémentaires à ce sujet dans le guide « La voie vers l'archivage électronique ».



Verwaltungsorganisation von A bis Z

Seit 1983 unsere Profession

**Verwaltungs-
organisation, die
Massstäbe setzt
und echte Mehrwerte
schafft!**



Abplanalp-Ramsauer AG
Verwaltungsorganisation
Langnaustrasse 15
3533 Bowil

+41 31 710 10 55
info@abplanalp.ch
www.abplanalp.ch
www.archiv.ch



Wir machen Archive.

ARCHIVDATEN.CH

archivdaten.ch GmbH
Schulhausstrasse 18, 3086 Zimmerwald
info@archivdaten.ch, www.archivdaten.ch
031 819 05 05

ANPASSUNG DER KOSTENSCHWELLE FÜR DIE BAUBEWILLIGUNGSKOMPETENZ DER KLEINEN GEMEINDEN

Die Direktion für Inneres und Justiz passt die Kostenschwelle für die Baubewilligungskompetenz der kleinen Gemeinden auf den 1. Januar 2023 an den Baukostenindex an. **Ab 2023** gilt für die kleinen Gemeinden eine Baubewilligungskompetenz für Vorhaben bis **1,4 Million Franken**.

AUSGANGSLAGE

Gemäss Artikel 33 Absatz 1 des Baugesetzes (BauG; BSG 721.0) ist Baubewilligungsbehörde der Regierungsstatthalter oder die Regierungsstatthalterin bzw. Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern (grosse Gemeinden). Die Zuständigkeit von Gemeinden mit weniger als 10'000 Einwohnern (kleine Gemeinden) ist im Baubewilligungsdekret (BewD; BSG 725.1) geregelt, soweit ihnen nicht auf Gesuch hin die volle Bewilligungskompetenz übertragen worden ist (Art. 33 Abs. 3 BauG). Die kleinen Gemeinden sind zuständig zur Bewilligung von Bauvorhaben mit geringem Koordinationsaufwand (Art. 9 Abs. 1 BewD). Gemäss Artikel 9 Absatz 2 BewD entfällt jedoch die Baubewilligungskompetenz der kleinen Gemein-

den und die Regierungsstatthalterin oder der Regierungsstatthalter ist zuständig, wenn die Baukosten eines Bauvorhabens eine Million Franken übersteigen.

Nach Artikel 9 Absatz 2 letzter Satz BewD kann die Direktion für Inneres und Justiz (DIJ) den Betrag dem Baukostenindex anpassen. Das BewD ist seit dem 1. Januar 1995 in Kraft. Die Kostenschwelle von Artikel 9 Absatz 2 BewD wurde bis anhin nie an den aktuellen Baukostenindex angepasst.

MOTION GSCHWEND-PIEREN «ANPASSUNG DER BAU- BEWILLIGUNGSKOMPETENZ KLEINER GEMEINDEN»

Am 9. Dezember 2021 überwies der Grosse Rat die Motion 068-2021 Gschwend-Pieren «Anpassung der Baubewilligungskompetenz kleiner Gemeinden». Darin wird der Regierungsrat aufgefordert, das BewD dahingehend zu ändern, dass die Baubewilligungskompetenz bis zu einer Bausumme von 1,5 Mio. Franken bei den kleinen Gemeinden liegt. Weiter wird verlangt,

dass die Höhe der Bewilligungskompetenz der Gemeinden periodisch dem Baukostenindex anzupassen ist.

ANPASSUNG AN DEN BAUKOSTENINDEX

In Umsetzung der Motion hat die DIJ beschlossen, die Kostenschwelle an den Baukostenindex anzupassen.

Das Bundesamt für Statistik (bfs) führt erst seit 1998 Erhebungen zur Entwicklung der Baupreise durch. Eine Berechnung ab 1995 (Inkrafttreten des BewD) ist daher nicht möglich, dürfte sich aber kaum auf die erforderliche Anpassung auswirken.

Der Schweizerische Baupreisindex – Entwicklung der Baupreise des bfs enthält Zahlen aufgeschlüsselt nach Grossregionen. Der Kanton Bern gehört zur Grossregion Espace Mittelland. In der Statistik findet sich die Entwicklung für das gesamte Baugewerbe (Baugewerbe total), aber auch die Entwicklung aufgeschlüsselt nach Objekttypen:

- Hochbau
- Neubau

- Neubau Mehrfamilienhaus
- Neubau Mehrfamilienhaus aus Holz
- Neubau Einfamilienhaus
- Neubau Bürogebäude
- Neubau Lagerhalle
- Renovation, Umbau
- Renovation Mehrfamilienhaus
- Renovation Bürogebäude
- Tiefbau
- Neubau Strasse
- Neubau Unterführung
- Neubau Lärmschutzwand
- Strassensanierung

Das BewD regelt das Baubewilligungsverfahren für fast alle obigen Vorhaben, es wurden daher die Zahlen zum «Baugewerbe Total» für die Berechnung angewandt.

Die Tabelle mit dem Schweizerischen Baupreisindex wurde letztmals am 24.06.2022 aktualisiert. Dabei wird der Zeitraum von Oktober 1998 bis April 2022 dargestellt. Basis für die Berechnung bildet der Oktober 1998 (= 100 %). Der Indexwert in der Grossregion Espace Mittelland für das Baugewerbe Total betrug im April 2022 141.3 (Schweizerischer Baupreisindex – Entwicklung der Baupreise (Multibasen)

Indexwerte pro Grossregion und pro Objekttyp – 1998-2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch). Die an den Baukostenindex angepasste Bau-summe für die Zuständigkeit der kleinen Gemeinden beträgt somit neu gerundet CHF 1,4 Mio.

Die Direktion für Inneres und Justiz hat mit BSIG-Nr. 7/725.1/12.1 vom 27. Oktober 2022 (BSIG deutsch, BSIG französisch) über die Anpassung der Baubewilligungskompetenz informiert.

Barbara Wiedmer Rohrbach
Amt für Gemeinden und Raumordnung



Finances Publiques
AG für öffentliche Finanzen und Organisation

Umfassende Beratung und Unterstützung
von Gemeinden, Gemeindeverbänden,
Kirchgemeinden und Bürgergemeinden

Langnaustrasse 15, 3533 Bowil
Tel. 031 711 03 04, info@fpag.ch, www.fpag.ch



COMPÉTENCE D'OCTROI DU PERMIS DE CONSTRUIRE REVIENT AUX PETITES COMMUNES

La Direction de l'intérieur et de la justice (DIJ) a décidé d'adapter le montant en dessous duquel la compétence d'octroi du permis de construire revient aux petites communes à l'indice des prix de la construction à compter du 1^{er} janvier 2023. Ainsi, **dès 2023**, les petites communes auront la compétence d'octroyer un permis de construire pour les projets allant jusqu'à **1,4 million de francs**.

CONTEXTE

L'art. 33, al. 1, de la loi sur les constructions (LC ; RSB 721.0) prévoit que l'autorité d'octroi du permis de construire est la préfecture ou l'autorité compétente désignée dans les communes d'au moins 10 000 habitants (dites grandes communes). La compétence des communes de moins de 10 000 habitants (dites petites communes) est réglée dans le décret concernant la procédure d'octroi du permis de construire (DPC ; RSB 725.1), dans la mesure où la pleine compétence d'octroi du permis de construire ne leur a pas été accordée sur demande (art. 33, al. 3, LC). Les petites communes sont compétentes pour octroyer le permis de construire à des

projets qui nécessitent peu de charges de coordination (art. 9, al. 1, DPC). Conformément à l'art. 9, al. 2, DPC, la compétence d'octroyer le permis de construire passe de la petite commune au préfet ou à la préfète lorsque la réalisation d'un projet revient à plus d'un million de francs.

La dernière phrase de l'art. 9, al. 2, DPC prévoit que la DIJ peut adapter ce montant à l'indice des coûts de la construction. Le décret est entré en vigueur le 1^{er} janvier 1995. Or, le montant seuil indiqué à l'art. 9, al. 2, DPC n'a encore jamais été adapté à l'indice des coûts de la construction.

MOTION GSCHWEND-PIEREN « COMPÉTENCE D'OCTROYER LE PERMIS DE CONSTRUIRE DANS LES PETITES COMMUNES »

Le 9 décembre 2021, le Grand Conseil a adopté la motion 068-2021 Gschwend-Pieren « Compétence d'octroyer le permis de construire dans les petites communes ». Cette motion demandait au Conseil-exécutif de modifier le décret concernant la procédure d'octroi du per-

mis de construire afin que les petites communes aient la compétence d'octroyer un permis de construire lorsque les coûts de construction ne dépassent pas 1,5 million de francs. Elle demandait aussi d'adapter périodiquement à l'indice des coûts de la construction le montant à partir duquel la compétence d'octroi du permis de construire revient aux communes.

ADAPTATION À L'INDICE DES COÛTS DE LA CONSTRUCTION

En application de cette motion, la DIJ a décidé d'adapter le montant seuil à l'indice des coûts de la construction.

L'Office fédéral de la statistique (OFS) mène des enquêtes sur l'évolution des prix de la construction depuis 1998 seulement. Il n'est donc pas possible d'effectuer un calcul depuis 1995 (date d'entrée en vigueur du DPC), mais cela ne devrait pas faire une grande différence pour l'adaptation requise.

L'indice suisse des prix de la construction – Évolution des prix de la construction de l'OFS contient des chiffres, classés en fonction des grandes régions. Le

canton de Berne fait partie de la grande région de l'Espace Mittelland. La statistique porte sur l'évolution de l'ensemble du domaine de la construction (Construction : total), mais contient également des données ventilées en fonction des types d'objets suivants :

- Bâtiment
- Nouvelle construction
- Construction de bâtiments à plusieurs logements
- Construction de bâtiments à plusieurs logements en bois
- Construction de maisons individuelles
- Construction de bâtiments administratifs
- Construction de halles industrielles
- Rénovation, transformation
- Rénovation de bâtiments à plusieurs logements
- Rénovation de bâtiments administratifs
- Génie civil
- Construction de routes
- Construction de passages inférieurs
- Construction de parois antibruit
- Réfection de routes

Comme le DPC règle la procédure d'octroi du permis de construire pour presque

tous les projets cités ci-dessus, les chiffres de la rubrique « Construction : total » ont été pris en compte pour le calcul.

Le tableau sur l'indice suisse des prix de la construction a été actualisé pour la dernière fois le 24 juin 2022. C'est la période comprise entre octobre 1998 et avril 2022 qui est présentée, le mois d'octobre 1998 (= 100 %) tenant lieu de base de calcul. La valeur de l'indice dans la grande région de l'Espace Mittelland pour la rubrique « Construction : total » était de 141.3 en avril 2022 (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/prix/prix-construction/indice-prix-construction.assetdetail.22786470.html>).

La somme adaptée au coût de l'indice des prix de la construction jusqu'à laquelle les petites communes sont compétentes en matière d'octroi de permis de construire s'élève ainsi désormais à 1,4 million de francs.

La DIJ a informé de de cette adaptation au moyen de l'ISCB n° 7/725.1/12.1 du 27 octobre 2022.

Barbara Wiedmer Rohrbach
Office des affaires communales et de l'organisation du territoire

Infrastrukturelles Facility Management

Herausforderungen gemeinsam meistern

Der Unterhalt von kommunalen Liegenschaften ist eine anspruchsvolle Aufgabe – davon können Sie bestimmt ein Lied singen. Als schweizweit tätige, neutrale und unabhängige Beratungsfirma sind wir seit bald 25 Jahren im Einsatz für Gemeinden, Städte, Wirtschaftsunternehmen und Organisationen. Unsere Auftraggeber holen sich mit uns Profis an ihre Seite, um Optimierungen oder Reorganisationen erfolgreich über die Bühne zu bringen. Ob als Gesamtprojekt oder als Teilaufgabe: Wir entlasten Sie in allen Bereichen rund ums infrastrukturelle Facility Management.

Der Schlüssel zum Erfolg: Hausmeister- / Werkhof- / Kommunalbetriebskonzepte



Ihre Herausforderung

Mit einem durchdachten Hausmeisterkonzept strukturieren und organisieren Sie den Einsatz und Betrieb der Hausmeisterdienste. Sie setzen alles daran, dass Sie für die eingesetzten finanziellen Mittel (bzw. Steuerfranken) den grösstmöglichen Gegenwert erzielen. Bei grossen Investitionsvorhaben streben Sie Kooperationen mit Nachbargemeinden an.

Ihr Nutzen

Brauchen Sie Unterstützung? Neutral und unabhängig überprüfen wir die Voraussetzungen und Besonderheiten. Auf Basis der vorhandenen Daten und mit unserer fundierten Erfahrung erarbeiten wir klare, wirtschaftlich begründete und umweltfreundliche Unterhaltskonzepte, die auch den Aspekt Eigenleistung oder Fremdleistung berücksichtigen.

Alles im grünen Bereich: Grünflächenmanagement

Ihre Herausforderung

Bereits beim Planen und Konzipieren von Grünanlagen müssen Sie die Unterhaltskosten in Ihre Überlegungen miteinbeziehen. Und bei bestehenden Arealflächen besteht Ihre Aufgabe im Erfassen, Organisieren und Optimieren der Betriebsabläufe im Unterhaltsbereich.

Ihr Nutzen

Als Ihr kompetenter Partner helfen wir Ihnen, eine optimale, nachhaltige Arealpflege- und Unterhaltslösung zu finden. Dabei beachten wir alle wichtigen Parameter und Besonderheiten.



cleangreen
CONSULTING

Cleangreen Consulting GmbH

Enggiststrasse 77
CH-3076 Worb
Tel. 031 832 10 30
www.cleangreen.ch

Eine saubere Sache: Reinigungsmanagement / Submissionen



Ihre Herausforderung

Mit der Gebäudereinigung stellen Sie die Sauberkeit, Hygiene und Werterhaltung von Gebäudeteilen sicher. Viele tägliche oder periodische Reinigungsarbeiten bewältigen Sie vermutlich mit eigenem Personal. Gewisse Arbeiten vergeben Sie wahrscheinlich als Fremdreinigung. So oder so ist Know-how gefragt. Denn seit einigen Jahren prägen permanente Änderungen den gesamten Reinigungssektor: Immer bessere Mittel und Methoden gelangen zur Anwendung.

Ihr Nutzen

Gerne koordinieren wir für Sie die speziellen Auflagen der Hersteller, wählen das optimale Reinigungsverfahren, suchen den geeignetsten Spezialisten mit der besten Ausführungstechnik und stellen unter allen Beteiligten die Kommunikation sicher.

NEUE AUFSTELLUNG DER ABTEILUNG ORTS- UND REGIONALPLANUNG DES AGR

Per 1. November 2022 hat die Abteilung Orts- und Regionalplanung ihre Aktivitäten in der neuen Struktur aufgenommen. Die Arbeiten werden nun in den vier Teams Bern/Mittelland, Emmental/Oberaargau, Seeland/Jura bernois und Oberland wahrgenommen. Alle Teams verfügen sowohl über raumplanerische als auch juristische Fachkompetenzen. Damit werden die Entscheidungswege kürzer. Das wird mittelfristig zu rascheren Bearbeitungsfristen führen.

Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Gemeinden wurden so weit wie möglich unverändert belassen. Damit sollen etablierte Kontakte und lokale Kenntnisse erhalten bleiben. Das war ein wichtiges Anliegen etlicher Gemeinden, und es fördert auch eine effiziente und lösungsorientierte Bearbeitung der Geschäfte. Wo sich dennoch Änderungen von AnsprechpartnerInnen ergeben, wird auf dem üblichen Weg informiert.

Bis Ende Jahr wird die Organisation weiter ausgearbeitet. Mit teamübergreifenden Arbeitsgruppen wird sichergestellt, dass kantonsweit eine einheitliche Praxis angewendet wird.

Der Prozess der personellen Besetzung ist auf Stufe Abteilungsleitung gut angefallen, erste Gespräche werden geführt. Bis zur Übernahme der Funktion durch eine neue Person führt weiterhin die Res Publica Consulting AG ad interim die Abteilung. Auf Stufe Teamleitung wurden zwei Personen ernannt, zwei weitere werden mit öffentlichen Ausschreibungen gesucht, wobei auch interne Kandidaturen erwünscht sind.

Die Geschäftslast wird mit einer klareren Struktur und kürzeren Entscheidungswegen mittelfristig besser bewältigt werden können. Die Anzahl Geschäfte (jährlich rund 850) und deren Komplexität sinken dadurch aber nicht. Aus heutiger Sicht kann der Rückstand in der Bearbeitung der Geschäfte von teilweise mehreren Monaten nicht ohne zusätzliche Ressourcen abgetragen werden. Ein entsprechender Antrag liegt dem Grossen Rat im Rahmen des regulären Budgetprozesses vor.

Bezüglich ePlan wurde Ende September informiert, dass es sowohl beim AGR als auch bei etlichen Gemeinden zu Verzögerungen kommt. Die Gemeinden, welche für eine Migration im 2022 oder

2023 vorgesehen waren, wurden kontaktiert und konnten die Datenerfassung um ein Jahr verschieben. Davon haben gut ein Drittel der angeschriebenen Gemeinden Gebrauch gemacht. Ende 2023 beurteilen wir die Situation neu. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die Gemeinden verantwort-

lich sind, dass ihre beauftragten Datenerhändler alle relevanten Informationen erhalten.

Peter Seiler und Simon Bühler
Abteilungsleiter Orts- und
Regionalplanung a. i.

b(wd) Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung

bwd Weiterbildung Bern – heute für morgen!

Die Dienstleistungen der bwd Weiterbildung umfassen das Ausbildungsmanagement von branchenspezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten bis hin zur Prüfungsdurchführung, die betriebsindividuelle Schulungen für Mitarbeitende und Kaderangehörige sowie die Führung von Geschäfts- und Fachstellen für Berufsverbände und Bildungspartner.

Gemeinde- und Verwaltungspersonal

- Fachausweislehrgang Gemeindefachfrau/-mann
- Führungsausbildung für Gemeindeglieder, Teil Diplomelehrgang
- Diplomelehrgang Bauverwalter/-in
- Diplomelehrgang Finanzverwalter/-in
- Diplomelehrgang Gemeindeglieder/-in
- Einführung in die politische Gemeindeführung
- Lehrgang für Mitarbeitende der Schuladministration
- Lehrgang Sachbearbeiter/-in Baubewilligungsverfahren
- Lehrgang Planungs-, Bau- und Umweltrecht
- Fachspezifische Seminare und Tageskurse

Notariats- und Advokaturangestellte

- Einführungslehrgang in die Notariatsbranche
- Fachspezifische Weiterbildungskurse

Berufsbildner/-innen

- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen ICT
- Fachspezifische Halbtageskurse

Zivilstandswesen

- Zertifikatsausbildung für Zivilstandsangestellte
- Eidg. Berufsprüfung Zivilstandsbeamten FA/Zivilstandsbeamter FA

Projektausbildungen im Auftrag

Sind Sie an einer anerkannten Weiterbildung interessiert?
Details und Information finden Sie unter www.bwdbern.ch oder kontaktieren Sie uns per E-Mail weiterbildung@bwdbern.ch

bwd
Papiermühlestrasse 65
3014 Bern
Tel. 031 330 19 90
www.bwdbern.ch

NOUVELLE STRUCTURE DU SERVICE DE L'AMÉNAGEMENT LOCAL ET RÉGIONAL DE L'OACOT

Au 1^{er} novembre 2022, le Service de l'aménagement local et régional de l'OACOT a commencé à travailler dans sa nouvelle structure, comptant quatre équipes: Berne – Mittelland, Emmental/ Haute-Argovie, Seeland/Jura bernois et Oberland bernois. Chacune est dotée de compétences sur le plan de l'aménagement du territoire et en matière juridique. Le processus décisionnel s'en trouve raccourci de sorte qu'à moyen terme, les dossiers seront traités plus rapidement.

Nous avons veillé à ce que les interlocutrices et interlocuteurs des communes restent autant que possible les mêmes, afin de ne perdre ni les contacts ni la connaissance du terrain. Cela a été demandé par bon nombre de communes, en vue d'un traitement efficace et pragmatique des dossiers. Si un changement a tout de même lieu, les intéressés sont informés par le canal usuel.

Le développement de l'organisation se poursuivra jusqu'à la fin de l'année. Des groupes de travail composés de membres de plusieurs équipes harmoniseront la pratique au niveau cantonal.

De premiers entretiens ayant lieu en vue de repourvoir le poste de cheffe ou chef du service, les démarches sont bien entamées. L'entreprise Res Publica Consulting AG en conserve la direction par intérim jusqu'à la nomination de la nouvelle ou du nouveau titulaire. Deux personnes ont déjà été nommées à la tête d'une équipe et les deux autres postes sont mis au concours (sans exclure les candidatures internes, qui sont les bienvenues).

Avec une structure épurée et un processus décisionnel simplifié, la charge de travail deviendra petit à petit plus maîtrisable, mais le nombre des affaires (quelque 850 par an) et leur complexité ne vont pas diminuer. Comme il s'est avéré que le retard pris dans le traitement des dossiers – parfois de plusieurs mois – ne pourra être résorbé sans ressources supplémentaires, une demande en ce sens a été soumise au Grand Conseil dans le cadre du processus budgétaire ordinaire.

Concernant ePlan, nous avons communiqué fin septembre que les opérations avaient pris du retard au sein de l'OACOT et dans de nombreuses com-

munes. Nous avons pris contact avec les collectivités pour lesquelles une migration était prévue en 2022 ou en 2023 en leur proposant de repousser d'une année la saisie des données, une possibilité dont un bon tiers d'entre elles ont fait usage. Nous réévaluerons la situation à la fin de 2023. Dans ce contexte, nous

rappelons qu'il incombe aux communes d'assurer que leurs gestionnaires de données reçoivent les informations pertinentes.

Peter Seiler et Simon Bühler, co-chefs du Service de l'aménagement local et régional ad intérim

17. Politforum Thun 10./11. März 2023

«Ruhe bewahren und weiter- machen» – Der Krisenmodus als Dauerzustand

Am Politforum 2023 wollen wir das Thema «Sicherheit» in den verschiedensten Dimensionen untersuchen und Lösungsansätze für die Zukunft bieten.

Die Krisen häufen sich: Pandemie. Krieg. Klimawandel. Unwetter. Flucht. Vertreibung. Versorgungsengpässe. Mangellagen (Strom, Gas, Benzin, Baumaterial). Preiserhöhungen. Inflation. Cyber-Angriffe.



POLIT FORUM THUN

Welche Auswirkungen hat das auf die Gemeinden? Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen und auf den Verlust von Sicherheit?

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sichern Sie sich jetzt Ihr Ticket für das 17. Politforum Thun.

www.politforumthun.ch
oder scannen Sie einfach
den QR-Code



PENSIONIERUNG – FRÜHER AN SPÄTER DENKEN

Wer freut sich nicht auf die Pensionierung? Um im dritten Lebensabschnitt vor bösen finanziellen Überraschungen gefeit zu sein, lohnt sich eine frühzeitige Pensionsplanung. Wir zeigen, worauf es ankommt.

Weshalb sollte man sich frühzeitig mit der Pensionsplanung befassen?

Die persönliche Vorsorgesituation vorausschauend und sorgfältig anzuschauen, ist wichtig. Denn wenn im Laufe des Erwerbslebens Vorsorgelücken entstehen, wird es anspruchsvoll, diese bis zur Pensionierung wieder zu schliessen. Mit 60 ist es dafür in aller Regel zu spät. Die Folgen können einschneidend sein. Denn wer Vorsorgelücken hat, erhält später eine tiefere Rente.

Wie entstehen Vorsorgelücken in der 2. Säule?

Nur wer bezahlte Arbeit leistet, kann bei einer Pensionskasse – zusammen mit dem Arbeitgebenden – mit Beiträgen für das Alter vorsorgen. Um in der beruflichen Vorsorge keine Lücken entstehen zu lassen, ist eine Erwerbstätigkeit entscheidend, mit der Einzahlungen in die Pensionskasse möglich sind. Familienbedingte Erwerbsunterbrüche oder Teilzeitarbeit führen zu Vorsorgelücken.

Weshalb sind Frauen von Vorsorgelücken besonders betroffen?

Das Risiko der Altersarmut trifft vielfach Frauen. Denn sie sind oft in typischen Lebenssituationen, bei denen Vorsorgelücken entstehen können. Dazu zählen insbesondere Babypause und Kinderbetreuung, das Leisten unbezahlter Care-Arbeit (z. B. Pflege von Angehörigen), Teilzeitarbeit (auch nach Trennung oder Scheidung) oder weniger ausgeprägte Interessen und Kenntnisse in Finanz- und Vorsorgefragen.

Wie lässt sich die eigene Altersvorsorge verbessern?

Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wer finanziell in der Lage ist, kann mit persönlichen Einkäufen in seine Pensionskasse das eigene Altersguthaben erhöhen. Solche Einkäufe sind auch steuerlich interessant, da sie grundsätzlich vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können, wie auch die Einzahlungen in die Säule 3a. Wer in der beruflichen Vorsorge versichert ist, kann in der privaten Vorsorge maximal 6'883 Franken pro Jahr (Stand 2022) in die Säule 3a einzahlen. Das ist eine gute Möglichkeit, um die finanzielle Situation im Alter zu verbessern. Auch lohnt es

sich, bei der AHV-Ausgleichskasse einen Kontoauszug anzufordern. Wer Fehljahre – z. B. wegen eines Auslandsaufenthalts – hat, kann diese unter bestimmten Voraussetzungen nachzahlen, damit die volle Altersrente aus der AHV noch erreicht werden kann.

In welcher Form kann die Altersvorsorge aus der 2. Säule bezogen werden?

Entweder als Rente oder als Kapital. Wer sich sein Altersguthaben statt in Form

einer Rente als Kapital auszahlen lässt, benötigt eine gewisse Risikobereitschaft und -fähigkeit. Denn bei einer Auszahlung des vollen Kapitals liegt die alleinige Verantwortung bei der versicherten Person; die Pensionskasse ist aus ihren Verpflichtungen entlassen. Oftmals wird auch eine Kombination gewählt, das heisst einen Teil des Altersguthabens als Rente zu beziehen und sich den anderen Teil auszahlen zu lassen.



Wie wird die Höhe der Altersrente aus der beruflichen Vorsorge berechnet?

Dafür kommt der Umwandlungssatz zur Anwendung: Dieser Umrechnungsfaktor bestimmt, wie viel Prozent des vorhandenen Altersguthabens als jährliche Altersrente ausbezahlt werden – und zwar bis ans Lebensende.

Wie kann ich die Pensionsplanung konkret anpacken?

Als erster Schritt ist es empfehlenswert, den Versicherungsausweis der eigenen Pensionskasse zu studieren, um sich ein Bild zu den Altersleistungen aus der beruflichen Vorsorge zu machen. Tauchen

Fragen auf, kann man sich bei seiner Pensionskasse informieren und beraten lassen. Die Pensionsplanung geht aber weit über die 2. Säule hinaus und ist vor allem eine individuelle Angelegenheit, bei der weitere wichtige Faktoren eine Rolle spielen, wie beispielsweise: Zeitpunkt der Pensionierung (ordentlich, vorzeitig oder aufgeschoben), Teilpensionierung(en), Zivilstand, finanzielle Verhältnisse, Kapitalanlagen und Liegenschaften, Güter- und Erbrecht etc. Eine individuelle Beratung, beispielsweise bei einem Anbieter für Pensionsplanungen oder einer spezialisierten Bank, kann deshalb sinnvoll sein.

PREVIS VORSORGE

Die Previs bietet u. a. für schweizweit 700 Gemeinden und gemeindenahe Institutionen und Betriebe passende Vorsorgelösungen an; dazu zählen ein umfassendes Vorsorgeangebot und attraktive Dienstleistungen. Der Verband Bernischer Gemeinden VBG und die Previs pflegen seit Jahrzehnten eine bewährte Partnerschaft.

previs.ch

LA RETRAITE: Y PENSER AUJOURD'HUI POUR EN PROFITER DEMAIN

Qui ne rêve pas de la retraite? Pour éviter toute difficulté financière le moment venu, mieux vaut la planifier rapidement.

Pourquoi planifier très tôt sa retraite?

Il est important d'analyser sa situation personnelle en matière de prévoyance sans trop tarder car si des lacunes de prévoyance apparaissent au cours de la vie active, il sera difficile de les combler d'ici à la retraite. À 60 ans, il est souvent déjà trop tard. Et les conséquences peuvent être lourdes puisque ces lacunes se traduiront par une rente moindre.

Comment surviennent les lacunes de prévoyance dans le 2^e pilier?

Seules les personnes qui ont un emploi rémunéré peuvent cotiser pour leur retraite auprès d'une caisse de pension (avec une quote-part de l'employeur). Une activité lucrative avec versements à la caisse de pension est donc essentielle pour éviter les lacunes dans la prévoyance professionnelle. Ces dernières peuvent apparaître en cas d'interruption de l'activité pour des raisons familiales ou de travail à temps partiel.

Pourquoi les femmes sont-elles particulièrement concernées?

Le risque de basculer dans la pauvreté à la retraite est plus élevé pour les femmes car elles vivent souvent des situations entraînant typiquement des lacunes de prévoyance. Cela peut être une interruption de la carrière à la naissance d'un enfant, un congé non payé pour s'occuper de proches, un travail à temps partiel (notamment après une séparation ou un divorce) ou un intérêt et des connaissances moindres sur les questions liées aux finances et à la prévoyance.

Comment peut-on améliorer sa prévoyance vieillesse?

Il existe plusieurs possibilités. Si les finances le permettent, on peut accroître son avoir de vieillesse en effectuant des rachats personnels à sa caisse de pension. Ces apports sont aussi intéressants sur le plan fiscal car ils peuvent être déduits du revenu imposable, comme les versements dans le pilier 3a. Les personnes assurées pour la prévoyance professionnelle peuvent verser jusqu'à 6'883 francs par an (état en 2022) dans le pilier 3a au titre de la prévoyance privée. Il s'agit là d'une bonne solution pour améliorer sa situation financière à la retraite. Il est aussi intéres-

sant de demander un extrait de compte à la caisse de compensation AVS. S'il manque des années de cotisations, p. ex. à la suite d'un séjour à l'étranger, il est possible de les racheter sous certaines conditions pour obtenir une rente AVS complète.

Sous quelle forme la prévoyance vieillesse du 2e pilier peut-elle être obtenue?

Sous forme de rente ou de capital. Celui qui choisit de recevoir son avoir de vieil-

lesse sous forme de capital doit être capable et disposé à prendre certains risques. En cas de versement du capital entier, il assumera la pleine responsabilité de cet avoir, la caisse de pension étant libérée de ses obligations. Souvent, les assurés optent pour une forme mixte, c'est-à-dire une partie de l'avoir de vieillesse sous forme de rente et l'autre partie versée en une fois.



Comment calcule-t-on la rente de vieillesse découlant de la prévoyance professionnelle?

À l'aide du taux de conversion qui détermine le pourcentage de l'avoir de vieillesse disponible qui sera versé à vie comme rente de vieillesse annuelle.

Comment puis-je m'y prendre concrètement pour planifier ma retraite?

La première étape est d'analyser le certificat d'assurance de sa caisse de pension pour avoir une vue d'ensemble des prestations de vieillesse dans le cadre de la prévoyance professionnelle. En cas de

question, la caisse de pension est là pour y répondre et conseiller les assurés. La planification de la retraite ne se limite toutefois pas au 2^e pilier. Elle dépend avant tout de la situation individuelle et doit tenir compte d'autres facteurs importants, comme l'âge de la retraite (ordinaire, anticipée ou différée), une retraite partielle, l'état civil, la situation financière, les placements et biens immobiliers, le régime matrimonial, les successions, etc. Il peut donc être utile de demander des conseils personnalisés auprès d'un prestataire dans ce domaine ou d'une banque spécialisée.

PREVIS PRÉVOYANCE

La Previs propose à 700 communes et établissements proches en Suisse des solutions de prévoyance adaptées à leurs besoins comprenant une offre complète en matière de prévoyance et des services attrayants. L'Association des Communes Bernoises (ACB) et la Previs travaillent en partenariat depuis de très nombreuses années.

previs.ch

ERINNERUNGSARBEIT FÜR BETROFFENE FÜRSORGERISCHER ZWANGSMASSNAHMEN

Erinnerungen können schmerzen. Erinnerungen können helfen und heilen. So ist es auch mit der Aufarbeitung von Geschichte. Mit einem «Zeichen der Erinnerung» soll am 25. Mai 2023 in möglichst vielen Berner Gemeinden dem Leid Zehntausender Betroffener fürsorgerischer Zwangsmassnahmen gedacht werden.

Im September 2016 trat das Bundesgesetz zur Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) in Kraft. Eines der wichtigsten Ziele dieses Gesetzes ist es, vieltausendfach erlittenes Unrecht und Leid zu anerkennen. Zu diesem Zweck setzt sich der Bund dafür ein, dass die Kantone «Zeichen der Erinnerung» setzen.

Der Kanton Bern ist der von fürsorglichen Zwangsmassnahmen am meisten betroffene Kanton der Schweiz. Die daraus erwachsene Verantwortung gegenüber den Betroffenen und den historisch belegten Vorkommnissen sowie der über alle Parteigrenzen hinweg eindrücklich feststellbare Wille des Grossen Rates bilden für den Regierungsrat des Kantons Bern die Voraussetzungen,

um den bundesrätlichen Aufruf zur Schaffung eines Zeichens der Erinnerung ernst zu nehmen.

Am 25. Mai 2023 soll in möglichst vielen Berner Gemeinden eine Erinnerungstafel montiert und eine Plakatausstellung mit 20 themenbezogenen Inhalten eröffnet werden. Ein damit verbundener Anlass, dies die Idee, soll idealerweise im Dialog von politischen Gremien, kirchlichen Kreisen und engagierten Lehrkräften geplant und realisiert werden.

Ab diesem Tag sollen zudem in Zusammenarbeit mit der PH Bern entstandene Unterrichtsmaterialien für die Stufen Sek I und II verfügbar sein. Im Zentrum dieser Unterlagen steht die persönliche Begegnung mit einer Zeitzeug:in. Schliesslich wird eine Webseite zur Verfügung stehen, die Hintergrundwissen vermittelt und Zeugnisse von Betroffenen und Opfern bereithält.

Nähere Informationen und Auskünfte erhalten Sie bei der Projektleitung unter urs.riemann@fuer-angelegenheiten.ch

Urs Rietmann

Für Angelegenheiten GmbH
Projektleiter ZEDER – das Berner
Zeichen der Erinnerung
Weyermannstrasse 28
3008 Bern
+41 (0)79 456 58 85
urs.riemann@fuer-angelegenheiten.ch
www.fuer-angelegenheiten.ch



PORTRAIT DES GGGFON – GEMEINSAM GEGEN GEWALT UND RASSISMUS



Im Jahr 2000 kam es in der Schweiz zu mehreren Vorfällen, bei denen rechts-extreme Personen ihre Gesinnung (teils gewalttätig) kundtaten. So wurde die 1. Augustrede des damaligen Bundespräsidenten Villiger von rechtsextremen Personen massiv gestört und noch im gleichen Sommer griff eine Gruppe Rechtsextremer einen von Migrant:innen betreuten Marktstand in einer Berner Gemeinde an. Da es an einer angemessenen Interventionsart auf diese Zwischenfälle mangelte, entwickelte die Jugendkonferenz (heute «Juko – Verein für soziale und kulturelle Arbeit») ein Projekt für die Gemeinden: Eine niederschwellige Informations- und Meldestelle.

Das Projekt wurde «gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus» (gggfon) genannt und konnte nach einer Laufdauer von zwei Jahren sowie einer Projektverlängerung aufgrund der anhaltenden Nachfrage und positiven Rückmeldungen in ein festes Angebot überführt werden. Finanzielle Unterstützung erhält das gggfon seither von über 40 Mitgliedsgemeinden – von Spiez, Thun bis Nidau, Biel/Bienne mit den Regionen Stadt Bern und Gross-Agglomeration, sowie Burgdorf und Umgebung, dem

Kanton Bern, verschiedenen Fonds und Spenden.

Das Angebot des gggfon in Kürze:

Das gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus ist eine Informations- und Beratungsangebot, sowie Meldestelle zu den Themen Rassismus/rassistische Diskriminierung, Gewalt im öffentlichen Raum und Rechtsextremismus:

- Information und Beratung zu den Themen Gewalt, Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus
- U n t e r s t ü t z u n g u n d Begleitung bei Konfliktinterventionen wie zum Beispiel Gewalt- und Mobbingvorfälle in Schulen
- direkte Vermittlung an spezialisierte Fachstellen
- Präventive Angebote zur Förderung von Zivilcourage
- Anstoss oder Begleitung von Projekten und Aktionen
- Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen

Diese Dienstleistungen können von Ihren kommunalen Behörden, Fachpersonen, Schulen und Ihrer Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Zum

Konzept des gggfon gehört die enge Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort.

Vorteile einer Mitgliedschaft beim

gggfon:

Im Integrationsgesetz (Art. 14, 3. Schutz vor Diskriminierung), welches seit dem 1. Januar 2015 in Kraft ist, werden der Kanton und die Gemeinden dazu verpflichtet, Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit zu betreiben sowie Beratungsangebote für Diskriminierungs-betroffene bereitzustellen. Mit einer Mitgliedschaft müssen Sie keine zusätzlichen finanziellen Mittel in den Aufbau eines entsprechenden Angebotes investieren und haben dennoch durch die langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet mit dem gggfon einen kompetenten Partner, der diesen Auftrag professionell erfüllt.

Konflikte treten in jeder Gemeinde auf. Sie stellen die Beteiligten oftmals vor grosse Herausforderungen. Das gggfon ist mit der Analyse und der Bewältigung von Konflikten vertraut. Selbst komplexe Situationen werden in Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort angegangen und entschärft.

Das gggfon wurde vor über 22 Jahren gegründet, hat sich stets weiterentwickelt und die Auswertungen im Jahresbericht zeigen die grosse Nachfrage der betroffenen Personen auf. Als Mitglied stellt sich eine Gemeinde hinter die Botschaft «Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus» und setzt ein Zeichen für ein friedliches Zusammenleben im Gemeinwesen. Bei Fragen, vorhandenen Konflikten oder für präventive Aktionen, stehen die Fachpersonen des gggfon.ch schnell, kompetent und professionell zur Verfügung.

PORTRÄT DER GEMEINDE OBERDIESSBACH



OBERDIESSBACH STEHT NICHT STILL

Mit über 3'500 Einwohnern zählt Oberdiessbach zu den mittelgrossen Gemeinden. Mit grösseren und kleineren Einkaufsmöglichkeiten, zwei Banken, Restaurants und Bistros, der Poststelle und zahlreichen Gewerbebetrieben ist die Gemeinde gut aufgestellt. Im unteren



ren Kiesental nimmt Oberdiessbach eine Zentrumsfunktion ein für die Sekundarschule, die Feuerwehr und den Sozialdienst.

Stolz ist die Gemeinde auf den im Jahre 2013 eröffneten Sportplatz Leimen. Das Trainingsfeld aus Kunstrasen und das Hauptspielfeld aus Naturrasen sind weit herum gefragt. Der grosse FC Thun ist Partner, regelmässig finden coole Kinder- und Jugendfussballprojekte statt. Aus der ganzen Schweiz erkundigen sich Interessierte, wie die Gemeinde das damalige Bauvorhaben angegangen ist. Überhaupt haben die über 30 Vereine einen grossen Stellenwert in der Gemeinde. Das Angebot ist vielfältig, vom Schwingen, über Musikgesell-



schaft, Beachvolleyball bis zum Kulturverein ist für jeden Geschmack etwas vorhanden.

Der neu zusammengesetzte Gemeinderat ist seit 2022 an der Arbeit. Der aktuelle Fokus liegt auf der Schulraumplanung. Ein Big Picture für die Gemeinde und kurzum stehen die nötigen Entscheide an. Die Schulinfrastruktur wird auf die künftige Bevölkerungszahl ausgerichtet und das kulturelle Leben im Dorf soll mit einem Saal gestärkt werden. Gemeindepräsidentin Bettina



Gerber erläutert im Interview die Herausforderungen für den Gemeinderat.



INTERVIEW MIT DER GEMEINDE- PRÄSIDENTIN BETTINA GERBER



Bettina Gerber

Was zeichnet Ihre Gemeinde ganz besonders aus, was macht es für Sie ganz persönlich unverwechselbar?

Oberdiessbach hat ein Ortsbild von nationaler Bedeutung. Im Dorfkern stehen sehr viele geschützte Häuser und natürlich auch das Schloss der Familie von Wattenwyl. Das Dorf Oberdiessbach liegt zentral im Kiesental, heute gehören wir wahrscheinlich nicht nur zur Agglomeration von Thun, sondern auch zu derjenigen von Bern. Hier gibt es ein vielseitiges Freizeitangebot, wir haben aktive Vereine, ein gefreutes Gewerbe und eben gute Anschlüsse nach Thun und nach Bern. Zu Oberdiessbach gehören aber auch Aeschlen und Bleiken, die beiden anderen Dorfteile, die in Oberdiessbach eingemeindet wurden und der Gemeinde sicherlich noch etwas mehr ländlichen Charakter geben. Wir liegen an der Grenze zwischen Emmental, Oberland und gehören doch zur Region

Bern-Mittelland. Ich wohne und lebe sehr gerne hier, Oberdiessbach ist ein Dorf, in dem man sich noch kennt.

Welche grösseren Herausforderungen hat die Gemeinde Oberdiessbach in nächster Zeit zu bewältigen?

Oberdiessbach ist in der jüngsten Vergangenheit stark gewachsen und noch immer gibt es eine rege Bautätigkeit. Den prognostizierten Einwohnerzuwachs von 500 Personen muss auch unsere Infrastruktur verkraften. Wir brauchen mehr Schulraum, Platz für die Tagesschule und auch wieder einen öffentlichen Saal. Für diese nötigen Investitionen wird sich die Gemeinde verschulden müssen und finanziell damit in weniger ruhige Gewässer gelangen. Dennoch bin ich überzeugt, dass wir jetzt handeln müssen, wollen wir die attraktive Gemeinde bleiben, die wir heute sind!

Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeindepäsidentin speziell am Herzen liegt?

Ja, das ist die eben benannte Erweiterung des Schulraumes und die Sanierung des Geissbühlerhauses für die Tagesschule und den öffentlichen Saal.

War Ihre Gemeinde schon direkt vom Fachkräftemangel betroffen?

Als mittelgrosse Gemeinde sind wir davon nicht verschont. Dank kreativen Lösungen und Aufgabenteilungen ist es bisher gelungen, immer wieder gute Fachkräfte zu finden. Als Arbeitgeberin wollen wir unseren jungen (und älteren) Fachleuten schliesslich eine Perspektive in einem spannenden Arbeitsumfeld bieten.

Was an Ihrem politischen Amt macht Ihnen am meisten Freude, was empfinden Sie eher als Last?

Ich schätze den vielseitigen Kontakt zu den Menschen, die hier leben oder arbeiten. Es gibt so viele erfreuliche Begegnungen, Geschichten, die einem nahegehen, und spannende Diskussionen, die geführt werden wollen. Die Zusammenarbeit im Rat erlebe ich als konstruktiv, wir ziehen alle am gleichen Strick und ich spüre allseits viel Motivation und Engagement, dies freut mich als Präsidentin sehr. Und wir haben eine starke Verwaltung, die ich ebenfalls erwähnen möchte.

Als Gemeindepräsidentin muss ich den besten Weg für möglichst viele finden

und die Dinge in die richtige Richtung lenken. Dazu gehört auch, dass Einzelinteressen zuweilen zurückstehen müssen. Dass ich also auch Nein sagen muss. Dieser Herausforderung war ich mir allerdings bewusst und ich sehe sie darum auch nicht als Last.

Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für Oberdiessbach wünschen?

Dass die Einschätzungen und Zusicherungen der zuständigen Ämter von uns für bare Münze und damit als verbindlich entgegengenommen werden dürfen.

Wie und wo nehmen Sie als Gemeindepräsident in Ihrem Alltag den VBG wahr?

Ich weiss natürlich, dass es den VBG gibt, dass er DER Interessenvertreter der Gemeinden ist und nebst einer Wissensdatenbank auch eine Stellenbörse und Weiterbildungen anbietet. In Krisen Köpfe kennen – ein wichtiger Grundsatz, den ich mir zu Herzen genommen habe. Ich nutze möglichst viele Gelegenheiten, bei denen ich mich vernetzen kann.

VERANSTALTUNGSHINWEISE / MANIFESTATIONS 2023

Politforum Thun	10./11.3.2023	Thun
HV Verband Bernische AHV- Zweigstellenleiterinnen und -leiter Assemblée générale de l'Association Bernoise des Agents AVS	12.05.2023	Ittigen
HV Bernisches Gemeindegader BGK Assemblée générale des cadres des com- munes bernoises CCB	09.06.2023	Muri
HV Verband Bernischer Gemeinden Assemblée générale de l'Association des Communes Bernoise	23.06.2023	Spiez

**DER VBG WÜNSCHT
IHNEN FROHE FESTTAGE UND
EIN GUTES NEUES JAHR!**



**L'ACB VOUS SOUHAITE À TOUS
UN JOYEUX NOËL ET VOUS PRÉSENTE
SES MEILLEURS VŒUX POUR
UNE ANNÉE 2023 HEUREUSE
ET PROSPÈRE!**



My Local Services



Die App für Ihre Gemeinde

My Local Services bündelt Informationen Ihrer Gemeinde und bringt sie kompakt auf das Smartphone Ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Funktionen auf einen Blick:

-  Digitaler Abfallkalender – dank Push-Nachrichten werden App-Nutzer automatisch über Abfuhrtermine informiert
-  Lokale Neuigkeiten – stellen Sie den App-Nutzern aktuelles aus der Gemeinde, dem Gewerbe, von Vereinen, Feuerwehr, Schule usw. zu.
-  Veranstaltungskalender – Events aus Ihrer Region anzeigen und eigene Anlässe kostenlos veröffentlichen
-  Melder – Beobachtungen oder Lob richten Ihre Einwohnerinnen und Einwohner direkt an die Gemeinde
-  Gewerbe – lokale Angebote mit Push-Nachrichten direkt an die Einwohnerinnen und Einwohner senden

My Local Services – Ihr virtueller Dorfplatz

Die App bringt das regionale Leben direkt auf das Smartphone Ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Eine einfache Kommunikation und Interaktion zwischen Gemeinde und Einwohnern.